

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannistraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mkr. 1,00. Monatlich 35 Pfn. Postzeitungsliste Nr. 4038 z. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Berammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Freitag, den 10. Juni 1898.

5. Jahrgang.

## Parteigenossen!

Agitiere in den wenigen Tagen bis zur Wahl ein Jeder nach Kräften für den Kandidaten der **Sozialdemokratie**. Jeder Parteigenosse bringe uns bis dahin einen neuen Anhänger, das sei eure Parole! Nur durch unangefechtete, rastlose Arbeit jedes Einzelnen können wir das Ziel erreichen, welches heißt:

**Sieg im ersten Wahlgange!**

## II.

Lübeck, den 9. Juni 1898.

A. K. Fröhlich stand wieder Frauen an den Straßenecken, um den auf die Arbeitsplätze eilenden Arbeitern Freistücksektüre in Form eines weiteren nationalliberalen Flagblattes zu offerieren. Natürlich ein Blatt, das einzig dazu dienen soll, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben.

Waren schon die vorhergehenden keine Meisterstücke, so hat das letzte völlig nebenbei. Was sollen z. B. Arbeiter mit gesunden fünf Sinnen von folgender Behauptung denken?

„An dem Wohle der Arbeiter kann der Sozialdemokratie gar nichts liegen. Wer . . . ihr helfen soll . . . , der muß so unzufrieden sein, wie nur möglich. Daraus geht denn auch die ganze Macht der Sozialdemokratie hinaus.“

Sonach haben die Leute keine Ahnung davon, daß die Sozialdemokratie einen ganz gewaltigen Werth auf die **Gewerkschaftsbewegung** legt, deren vornehmlichster Zweck doch die materielle Besserstellung der Arbeiter ist. Sie wissen ferner aufkeimend nicht, daß es gerade die **nationalliberalen Mitglieder der Arbeitgeberverbände** sind, welche mit fanatischem Zorne diese Gewerkschaften eben wegen ihrer Tendenz — Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit — verfolgen, sie in Acht und Bann gethan haben. Sie scheinen vergessen zu haben, daß im Vorstande des Reichsvereins Herr **Heinrich Thiel** sitzt, in dem die Lübecker Arbeiter nicht mit Unrecht den geistigen Leiter des gegen ihre Bestrebungen auf gewerkschaftlichem Gebiete gerichteten Unternehmens erblicken, daß neben ihm ein Herr **Tornahl** verzeichnet steht, welcher noch vor kurzer Zeit sich über die auch für ihn verbindlichen Abmachungen der Bauhütte hinwegsetzte und so ohne ersichtlichen Grund den sozialen Frieden raub störend, eine Errungenschaft der Arbeiter aus schweren Kämpfen zu zerstören suchte.

Meint man denn im hochlöblichen Reichsverein, die Lübecker Arbeiterschaft leide an Gedächtnischwäche, sie sehe sich ihre Leute nicht an? Ja, sie achten mehr auf die Rekommandeure, welche vor der nationalen Reichshube stehen und mit mörderlichem Spektakel ihr Wunderkind anpreisen, als auf letzteres selbst.

**Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter werden am 16. Juni Alles daran setzen, durch die rothen Zettel einmal auf die schwarzen Listen eine Antwort zu geben, die nicht von Pappe ist.**

Die nationalliberalen Wahlmacher haben sich hier auf ein für ihren Kandidaten sehr gefährliches Gebiet begeben. Sie hätten lieber nicht daran erinnern sollen, daß hinter Herrn **Gebhard** der ganze Troß der Unternehmer steht, der geheime und offene Gegner des Koalitionsrechtes, welches er zu schützen sich vorgenommen hat. Sie hätten ihm keinen schlechteren Dienst erweisen können.

Sie scheinen übrigens auch nicht zu wissen, daß gerade die sozial gutgestellten Arbeiter die Kerntruppen der Sozialdemokraten bilden. Gerade jene Arbeiter, die noch eine leidlich sichere Existenz aufzuweisen haben, sie sind es, die bei uns im Vordertreffen stehen, die sich in unablässigem Kampfe abmühen, auch die Lage ihrer schlechter gestellten Klassenossen zu heben.

„An dem Wohle der Arbeiter kann der Sozialdemokratie nichts liegen.“ — Man studire den zweiten Theil unseres Programms, man verwirkliche eintheilen nur die Hälfte der berechtigten und durchführbaren Forderungen, welche wir stellen — um das Wohl der Arbeiter stünde es sicher besser.

Aber das will man gar nicht. Man sucht vor den Wahlen Dumme und Leichtgläubige zu fangen, um nachher mit billigen Lebensarten Unzufriedene und Enttäuschte abzuspülen.

Man häusert weiter mit dem Vorwurf, wir sorgten nicht für den Mittelstand im Gewerbe, Handel und Landwirtschaft.

Wenn damit ausgedrückt sein soll, daß wir ehrlich genug sind, selbst auf die Gefahr hin, Wähler zu verlieren, dem Mittelstand reinen Wein einzuschänken über seine Lage und seine Zukunft, so akzeptiren wir den Vorwurf mit Dank. Wir verschmähen es allerdings, den Antisemiten nach dem Muster der Nationalliberalen Schmutzkonkurrenz zu machen, indem wir dem Mittelstand goldene Verge versprochen. Die Nationalliberalen haben sich zu diesem Verfahren erst entschlossen, als ihnen die Wähler aus jenen Kreisen in hellen Haufen ausrückten. Als sie noch im Fetz saßen, machten sie sich so viele Mühe nicht.

Wir verschmähen diese unlauteren Mittel, wir werden nach wie vor auch dem Handwerker, dem Kleinbauern offen und ehrlich auseinandersetzen, was er von der heutigen Gesellschaft zu erwarten, was er von seinen schmeichelnden **Wahlfreunden** zu halten hat.

Wir werden vor Allem nicht unterlassen, ihn darauf hinzuweisen, daß er vorerst seine eigenen Interessen am besten wahr, wenn er Schulter an Schulter mit den Arbeitern eintritt gegen die

**konservativ-nationalliberalen Bewilliger der immensen Heereslasten, gegen die Flottenenthlasten, gegen die Schöpfer der indirekten Steuern.**

Wir werden ihnen begreiflich machen, daß sie nicht ärger sich an sich selbst veründigen können, als wenn sie

**Gebhard**

wählen. Wozu Nr. II uns als Handhabe dienen wird.

## Der Freisinn als Hüter der Volksfreiheiten!

In Kollmar im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise wurde nach einer Rede des Kandidaten der **freisinnigen Volkspartei**, Herrn **Bandt-Berlin**, dieser von einem Nationalliberalen dahin interpellirt, welche Stellung die freisinnige Volkspartei bei einer eventuellen Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Herrn **Bredow**, von welchem man behauptet, daß er nicht die nöthige Garantie für die Erhaltung des bisherigen Wahlrechts biete, und dem Sozialdemokraten v. **Elm** einnehme. Herr **Schwarz**, der Vorsitzende, Vertrauensmann der freisinnigen Volkspartei in Glückstadt, einer der radikalsten aller Wasserstiefler, erklärte:

**Bei einer eventuellen Stichwahl wird die freisinnige Volkspartei, wie es bisher immer gewesen, für Herrn Bredow eintreten.**

Und diese Gesellschaft besitzt die Dreistigkeit, sich den Wählern als die einzig wahren Beschützer des Reichstagswahlrechts und aller möglichen sonstigen Volksrechte anzubieten!

Wir danken bestens für diese Waare!

## Die Reichstagskandidaten der sozialdemokratischen Partei

sind:

- Im 1. Oldenburgischen Wahlkreise (Gutin-Oldenburg-Birkenfeld): Buchdruckereibesitzer **Paul Hug-Vant**.
- „ 9. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Plöen-Oldenburg): Bureau-Beamter **Paul Weinheber**-Hamburg.
- „ 10. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Lauenburg): Bureau-Beamter **Friedrich Besche**-Altona.
- „ 1. Mecklenburg-Schwerin'schen Wahlkreise (Hagenow-Gravesmühlen): Schuhmacher **Carl Zeh-Bülow**.
- „ Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz: Buchhändler **Adolf Vater**-Neustrelitz.

## Die Wahlbewegung.

Franz Mehring schreibt in der „Neuen Zeit“ unter'm 1. Juni:

Als das unterscheidende Kennzeichen des gegenwärtigen Wahlkampfes haben die bürgerlichen Blätter seine „Stille“ hervor, und in gewissem Sinne auch mit Recht. Die Agitation spielt sich im Allgemeinen gemessen und ruhig ab, man hört nirgend etwas von besonderen Wahlpuffs, die Maßregelungen der Bourgeoisie und Bureaucratie drängen sich wenigstens nicht an's offene Tageslicht und irgend eine „nationale“ oder „staatsbehaltende“ Hege ist nicht im Gange. Ob aber diese Stille wirklich als politische Abspannung gedeutet werden kann, das scheint doch sehr fraglich zu sein, und mindestens die Sozialdemokratie müßte sich gegen eine solche Deutung entschieden verwahren.

Dem Klassenbewußten Proletariat ist mit einer „stillen“ Wahlagitation gerade so sehr oder noch mehr gedient, als mit einer lauten. Bei einer „stillen“ Wahlbewegung hat von vornherein diejenige Partei einen Vorsprung, die am besten diszipliniert ist, deren Anhänger am stärksten von politischem Pflichtgefühl durchdrungen sind, deren Einfluß auf die Wählermassen am weitesten reicht. Alles das trifft auf die Sozialdemokratie zu und sie darf mit froher Zuversicht dem 16. Juni entgegensehen. Die Arbeiter wissen, worauf es ankommt; sie wissen, daß wenn diesmal ein Kartellreichtag zusammenkäme, den ökonomischen und politischen Rechten, die sie noch besitzen, der Untergang droht und sie werden Alle ihre Kraft daran setzen, um den Plänen des Königs Stumm und seiner Kohorte einen unzerbrechlichen Riegel vorzuschieben.

Nächst dem freilich kommt die „Stille“ der Wahlagitation — und das ist gewiß ihre Schattenseite — der Regierung und den Regierungsparteien zu Gute. Sie trat bereits bei den Wahlen 1893 hervor und die damals gesammelten Erfahrungen haben es der Regierung vermuthlich noch leichter gemacht, auf das Horridoh und Huffsah der bismärkischen Wahlmache zu verzichten. Ein Bohrer, der wenig Spähne macht, kann deshalb um so tiefer bohren, und die Wahlmaschine der Regierung mag um so intensiver arbeiten, je weniger Kraft sie im Varmachen verpufft. Was könnte die Vera Hohenlohe-Miquel denn auch den Wählern bieten? Ihre „Sammel“politik bedroht die Massen mit neuen Opfern an Gut und Blut; das wissen die Wähler gut genug aus den Wahlen von 1878 und 1887, wo beide Male die „Sammel“politik siegte, und wenn sie es ja vergesen haben sollten, so wäre es sehr leicht, ihnen nachzuweisen, wie theuer sie ihre patriotische Aufopferung haben bezahlen müssen. Die Regierung thut ganz klug daean, nicht vorwiegend an die noch immer blutenden Wunden zu rühren; je vorbrücker sie sich geberden würde, desto nachdrücklicher würde der Gegenstoß sein; je mehr sie sich anstellt, als würde sie kein Wasserlein trüben, als lasse sie den Wählern volle

# Wählt Johann Carl Theodor Schwartz!

Freiheit der Wahl, um so größere Wirkung kann sie sich von den alterproben Wahlkünsten versprechen, die sie natürlich unter der Decke mit vollem Nachdruck spielen läßt. Verliert sie dennoch das Spiel, so bleibt ihr immer noch die Möglichkeit, es dann unter bismarckischen Bedingungen zu erneuern; wenn sie es vorläufig auf ihre „stille“ Weise versucht, so handelt sie von ihrem Standpunkt aus nicht unklug.

Auch die Ultramontanen haben den dringenden Anlaß, ihre noch immer großen Machtmittel diesmal im „Stillen“ arbeiten zu lassen. Der schmälliche Verrath der ultramontanen Führer in der Flottenfrage hat doch ein gewaltiges Numoren in die Wählermassen dieser Partei gebracht, und eine lebhaftere Wahlagitator würde die Risse im „Throne des Zentrums“ viel zu grell beleuchten, als daß den ultramontanen Hauptlingen daran gelegen sein könnte. Mit unlegbarem Geschick haben sie die Frage des allgemeinen Wahlrechts in den Mittelpunkt der Wahlagitator gerückt. In dieser Frage können sie nicht umfallen, wenn sie nicht die Macht ihrer Partei und damit ihre eigene Macht daran geben wollen; sie treten als ehrliche Vorkämpfer eines unzweifelhaft gefährdeten Volksrechts auf; es ist die wirksamste Position, die sie unter den obwaltenden Umständen einnehmen können, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie von dieser Position aus den Wahlkampf mit allem Nachdruck, wenn auch in aller „Stille“, führen. Da die ultramontane Landplage, die Bismarck mit so viel staatsmännischer Genialität herangezogen hat, doch nicht mit einem Schlage beseitigt werden kann, so ist es immerhin ein Fortschritt, daß sie sich nur noch unter demokratischer Flagge aufrecht erhalten kann. Der „Sammel“-politik des Herrn Miquel kommt das ultramontane Ausspielen des allgemeinen Wahlrechts bedenklich genug in die Quere. Der „Reichsanzeiger“ hat schon zweimal mit all seiner feierlichen Würde jede böse Absicht abgelehnt, die von der Regierung gegen das allgemeine Wahlrecht gehegt werden könnte, indessen wer glaubt dem Kurze Hohenlohe-Miquel noch nach den Proben von Glaubwürdigkeit, die er in Sachen des preussischen Vereinsgesetzes und auch sonst abgelegt hat?

Am gefährlichsten wird die Stille der Wahlbewegung dem Liberalismus oder — um nicht erst von den Rationalisten zu reden, die längst zu einer kläglichen Hilfsarmee der Reaktion herabgesunken sind — den freisinnigen Fraktionen. Für sie, und namentlich für die um Richter, wäre es entschieden vortheilhafter, wenn irgend ein lärmender Wahlspektakel den Politiker von seinem Lotterbette aufschreckte. Der bisherige Gang des Wahlkampfes hat in wahrhaft erschreckender Weise gezeigt, wie sehr diese Fraktionen die Fühlung mit den Massen verloren haben; sie bekommen nirgends mehr, selbst nicht einmal in ihren verhältnißmäßig besten Wahlkreisen, halbwegs ansehnliche Wählerversammlungen zusammen. Daß sich die feindlichen Brüder vom Freisinn neuerdings wieder für die Dauer des Wahlkampfes „versöhnt“ haben, will wenig besagen; wenn sich Hunger und Durst zusammengenügen, so sättigt sich kein Mensch davon. Die deutsche Bourgeoisie wird für ihren Mangel an Charakter und Muth gewiß nicht zu schwer, wenn auch schwer genug bestraft, aber bei einem Blicke auf die noch gefährlichere Reaktion wäre man versucht zu wünschen, daß die Nemesis diesmal ihres Amtes weniger streng gewaltet hätte. Soweit sich die Wahlbewegung bisher auf ihre voraussichtlichen Ergebnisse prüfen läßt, erscheint die allgemeine Schwäche der freisinnigen Wählerschaft als ihr bedenklichster Punkt, und er ist um so bedenklicher, als diesmal so wenig wie bei früheren Wahlgängen darauf gerechnet werden darf, daß die freisinnigen Wähler in den Stichwahlen zwischen reaktionären und sozialdemokratischen Kandidaten ihre politische Pflicht thun, und nicht vielmehr wie eine angstgepeitschte Schaafherde in's reaktionäre Lager überlaufen werden.

Indessen, die deutsche Sozialdemokratie hat all ihre Lebtag mit dem bösen Willen des Liberalismus rechnen müssen, und ist doch unaufhaltsam vorwärts gekommen. Die Hauptsache bleibt immer, daß sie selbst ihr Pulver trocken hat; je geschlossener und kräftiger sie aus dem Wahlkampf hervorgeht, um so sicherer sind die Feinde der Volksmassen geschlagen. In dieser sonst gewiß sehr unvollkommenen Welt ist es immer noch so bestellt, daß einer ehrlichen, konsequenten und tapferen Politik schließlich Alles zum Besten geräth.

## Der spanisch-amerikanische Krieg.

Hiebpost auf Hiebpost für die Spanier kommt jetzt von der Perle der Antillen. Die stolze Zuversicht ist geschwunden, der Kagenjammer stellt sich ein. „Gestern noch auf stolzen Rossen“ u. s. w. Dem „Siege“ der Spanier bei Santiago de Cuba folgte eine Abkühlung, wie sie nicht stärker und vernichtender sein konnte. Der erneute Angriff der Amerikaner legte die Befestigungen des für unnehmbar gehaltenen Hafens vollständig in Trümmer. Folgende Nachrichten liegen darüber vor: Der Kampf fand bei dichtem Nebel und heftigem Regen statt. Die Amerikaner eröffneten das Feuer. Die Spanier erwiderten dasselbe sofort, schossen jedoch schlecht. Die amerikanischen Schiffe führten keine Bewegung aus, sondern unterhielten von ihrem ursprünglichen Standpunkt aus ein stetiges Feuer. Später rückten die Schiffe des Commodore Schley in naher Schußlinie vor. Von der „Brooklyn“ und der „Texas“ wurden die Strandbatterien rasch zum Schweigen gebracht, ebenso die Batterien des Forts Castrella, welches in Brand geschossen wurde. Die „Newport“ und

die „Neworleans“ brachten weister östlich das Fort Castro zum Schweigen und beschossen dann noch die Schanzwerke. Bald darauf brach im Fort Catalina Feuer aus, das gleichfalls das Schießen einstellte. Um 10 Uhr Vormittags gaben die Spanier keine Schüsse mehr ab. Admiral Sampson stellte dann auf amerikanischer Seite das Feuer ein. Kein Schiff des amerikanischen Geschwaders ist getroffen, kein Mann verwundet worden. Die Spanier suchen selbstverständlich ihre Verluste als nicht sehr bedeutend hinzustellen, um damit die Muthlosigkeit des Volkes und den Widerwillen gegen die Regierung nicht noch zu vergrößern. — Nach einer amtlichen Depesche hatten die spanischen Landtruppen einen Todten, 5 Offiziere, darunter der Oberst Ordovnez, wurden verwundet. Bei den Seestreitkräften betrug die Verluste 27 Todte, darunter der zweite Commandant der „Reina Mercedes“, und 12 Verwundete, darunter 1 Lieutenant zur See. Der Zustand der meisten Verwundeten ist nicht bebenklich. — Der Dampfer „Manity“ durchbrach die Blockade und kam ohne Zwischenfall auf Jamaica an.

## Politische Nachrichten

Deutschland.

**Zentrums-Regierungspartei.** Dr. Lieber hat sich in einer Wahrede in Montabaur über die Wahlpolitik des Zentrums ausgesprochen. Das Centrum will weder die Linke noch die Rechte zu stark werden lassen, sondern überall den Maßschlag geben. Interessanter ist ein Ausspruch Dr. Liebers über das Verhältnis des Zentrums zur Regierung. Dr. Lieber sagte:

„Man nennt uns häufig die Regierungspartei. Das sind wir nicht, aber wir sind die regierende Partei geworden. Wir sind es geworden durch die eigene Thätigkeit, durch die Ungleichzeitigkeit der Gegner und durch eine unterschiedene Wendung in den Anschauungen der verbündeten Regierungen. Heute sagt die Reichsregierung: Ich mache die Geschäfte mit denjenigen Parteien, mit welchen ich sie machen muß, und wenn ich sie mit dem Centrum machen kann, so mache ich sie mit dem Centrum.“

Es dürfte dem Herrn Dr. Lieber schwer fallen zu zeigen, wo eine Wendung in den Anschauungen der verbündeten Regierungen hervorgetreten sei, sofern damit eine Wendung zu einer weniger reaktionären Politik gemeint ist. Die Regierungen sind immer reaktionärer geworden, haben sich von der Sozialreform abgewendet und an den Militarismus der Marinismus gereicht. Also ist offenbar, daß die neue Freundschaft des Zentrums mit der Regierung keineswegs die Folge einer freisinnigen und volksthümlichen Politik der Regierungen ist, sondern im Gegenteil eine Folge der ganz reaktionären und volkfeindlichen Politik des Zentrums.

Die Veranschaulichung des Herrn Dr. Lieber helfen über diese Thatsache nicht hinweg. Nicht die Regierung kapitulierte vor dem Centrum, sondern das Centrum kroch vor der Regierung an Kreuz.

**Eine anonyme Wahlknndgebung des Reichskanzlers.** Die „Kreuzzeitung“ hatte in ihrer letzten Wochenschau geschrieben:

„Aus ist von der Stellungnahme der Regierung im Wahlkampf nur ein authentisches Symptom bekannt: der freundliche Brief des Herrn Reichskanzlers an den Prinzen Schönaich-Carolath, der doch wahrlich kein Agrarier ist, sondern ein Gegner der Sammlungs-politik.“

Darauf wird das Blatt ersucht, folgende Berichtigung aufzunehmen:

„Es entspricht in keiner Weise dem Thatsachen, den Brief des Herrn Reichskanzlers an den Prinzen Schönaich-Carolath als ein authentisches Symptom der Stellungnahme der Regierung im Wahlkampf zu bezeichnen. Der Herr Reichskanzler hat bei Abfassung seines Briefes, der mehr einer Höflichkeit gegen den Freund seines Sohnes Alexander als einer politischen Meinung Ausdruck geben sollte, weder gemerkt, daß im Bundeswahlkreis bereits ein konservativer Kandidat aufgestellt war, noch daß Prinz Schönaich-Carolath sich andächtig geweigert hat, den Anruf zur wirtschaftlichen Sammlung vom 5. März d. J. mit zu unterzeichnen. Wenn es daher den Herrn Reichskanzler anzu gehen berührt hat, daß sein Brief im Wahlkampf gegen die konservativen gemißbraucht wird, so mag es ihm ebenso wenig angenehm sein, wenn durch obige Anklage der „Kreuzzeitung“ der Anschein erweckt wird, als sei jener Brief ein Symptom der Stellungnahme der Regierung im Wahlkampf zu Gunsten eines Gegners der Sammlungs-politik.“

Die „Kreuzzeitung“ sagt nicht, von wem sie die Berichtigung erhalten hat, nach der ganzen Fassung ist aber anzunehmen, daß sie ihr vom Reichskanzler oder wenigstens auf dessen Veranlassung zugegangen ist.

Die Konservativen werden nun wohl über den Brief des Kanzlers, der ihnen so viele Kopfschmerzen verursacht hat, beruhigt sein.

**Bismarck für Stumm.** Nach der „Saar- und Blies-Zeitung“ hat Freiherr von Stumm-Halberg in einer Wählerversammlung zu Baumholder erwähnt, daß ohne sein Wissen und Willen zwei Herren aus Offenbach an Bismarck die Anfrage gerichtet hätten, ob er in der That mit dem politischen Programm des Herrn v. Stumm in Einklang stehe, und daß der Fürst trotz seines leidenden Zustandes sofort am anderen Tage telegraphisch antwortete, daß er es höchst bedauern würde, wenn Herr v. Stumm nicht mehr in den Reichstag käme, und daß er die Wahrung des gegenwärtigen Bestandes für durchaus notwendig halte. — Ob das Herr von Stumm so viel nützen wird? Was sagt übrigens der Bund der Landwirthe zu dieser Empfehlung des Gegenkandidaten des Bundes? fragt der „Vorwärts“.

**Bermilitarisierung der Reichspost.** Bekanntlich ist eine Personalreform in der Postverwaltung beabsichtigt. Die Maßnahmen, welche dieser vorauszu gehen scheinen, werden von einem Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung“ kritisch beleuchtet. Bekanntlich wurden früher jährlich einige Hundert junge Männer als Postleuten und mehrere Hundert als Postgehilfen angenommen. Seitdem es aber beschlossene Sache ist, eine Personalreform vorzunehmen, werden junge Leute, weil, wie es heißt, kein Bedürfnis vorliegt, überhaupt zur Postlaufbahn nicht mehr angenommen. Aus drei Nummern der offiziellen „Deutschen Verkehrszeitung“ aus dem Monat Mai dieses Jahres erfieht man nun, daß in der Zeit von drei Wochen nicht

weniger als 243 Militär-Anwärter und 170 Damen in den Postdienst eingetreten sind. Ein Bedürfnis nach Arbeitskräften scheint also doch vorzuliegen. In Bürgerkreisen betrachtet man dieses Verfahren denn auch als eine Beiseiteschiebung der Anwärter aus dem Zivilstande und spricht unverbliamt aus, daß der Weg zur Postlaufbahn in Zukunft nur über den Kasernenhof zu gehen scheint. Die Söhne der Post-Beamten widmen sich vielfach wiederum derselben Laufbahn; jetzt scheint man denselben die Möglichkeit dazu abzuschließen zu wollen. Die auffallend hohe Zahl der in dem Postdienst übernommenen Damen hat zweifellos in dem jetzt mit Hochdruck betriebenen Sparsystem ihre Ursache, wenn wir auch gegen eine Beschäftigung der Damen im Staatsdienste selbstverständlich nichts einzuwenden haben. Es bestehen berechtigte Zweifel, daß derartige Reformen die Zustimmung der Volksvertreter finden werden.

Zu der Frage der Militärgerichtsordnung soll in den Unterhandlungen mit Bayern eine prinzipielle Grundlage auf der von Bayern vertretenen Basis eines besonderen bayerischen „Senats“ beim obersten Reichsmilitärgerichtshofe mit dem Sitze in München, jedoch mit der Verpflichtung, in Differenzfällen sich zu einer Plenarsitzung in Berlin einzufinden, bereits festgestellt sein. Wahrscheinlich aber werde die endgültige Regelung erst zu dem äußersten Termin erfolgen, dem das Gesetz zuläßt.

**Wem nützen die Getreidezölle?** Mit allerlei wohlgedrehten Nebenarten suchen auch im jetzigen Wahlkampf die Agrarier den Kleinbauern klar zu machen, daß sie von der Brotertheuerung - Politik der ostelbischen Junker Vortheil hätten. Demgegenüber erscheint es angebracht, einige Zahlen über die Grundbesitzverhältnisse in Deutschland anzuführen. Es haben an Grundbesitz:

Person	Hektar
Fürst v. Fugger	110 000
Fürst v. Wied	110 000
Herzog v. Meiningen	140 000
Fürst Löwenstein-Wertheim-Rochefort	140 000
Fürst Bentheim-Steinfurt	140 000
Herzog v. Vechtenberg	140 000
Fürst Leiningen	160 000
Fürst Wolf	165 000
Herzog v. Saxe-Coburg-Saagau	200 000
Fürst Salm-Salm	220 000
Fürst Fürstenberg	275 000
Herzog v. Braunschweig	275 000
Fürst v. Lurn u. Taxis	300 000
Herzog v. Arenberg	320 000
Fürst Wittgenstein	1 230 000

Es besitzen also diese 15 armen Großgrundbesitzer zusammen 3 925 000 Hektare Grundbesitz, das ist ungefähr ein Neuntel der gesammten in Anbau genommenen Bodenfläche in Deutschland.

**Die Kinderarbeit und die Agrarier.** Die königliche Regierung in Posen stellt gegenwärtig Erhebungen darüber an, inwieweit sich eine Aenderung der Ferienordnung der Volksschüler erforderlich macht, insbesondere ob es nicht zweckmäßig erscheine, die dreiwöchentlichen Herbstferien um eine Woche zu verlängern und die Sommerferien entsprechend zu verkürzen. Zu diesen Erhebungen ist nach der „Pos. Btg.“ die Regierung durch die Erfahrung veranlaßt, daß die Schulkinder auf dem Lande bei der Ernte der Hackfrüchte fast unentbehrlich sind, während sie bei der Getreideernte nur mittelbar mitwirken, indem sie häusliche Arbeiten verrichten, den Eltern Essen auf das Feld tragen u. — Arbeiten, die zur Noth auch vor oder nach dem Unterricht gemacht werden können. — Da wird also ganz offen zugegeben, daß die Schulkinder der Kinder nicht zu deren Erholung, sondern nur dazu da sind, den Landwirthen billige Arbeitskräfte zu schaffen. In der größten Hitze sollen die armen Kleinen in der Schule schwitzen, wenn es aber kühler wird, bekommen sie vier Wochen Ferien, um sich auf den Aedern der Großgrundbesitzer zu plagen. Das ist auch eine hübsche Antwort auf die Beschlüsse des jüngsten deutschen Lehrertages, die Regierungen zur völligen Beseitigung der Kinderarbeit aufzufordern. Aber was kümmert uns das Wohl der Kinder, wenn's nur dem Agrariertum gut geht.

**Die Gänse haben gesiegt.** Wenn jemand die Einfuhrverbote für Vieh und Geflügel aus Rußland als Blödsinn kennzeichnet, so schreien die Herren Agrarier über Berrath am Vaterlande. Jetzt ist aber Wahlzeit, da liest man es anders. Im Reise-Tifft-Niederungskandidat seitens der Konservativen Graf Pourtales und in seinem Flugblatte steht zu lesen:

„Zu der für die Kreise Tifft und Niederung wichtigen Frage des Gänsehandels, wie solcher bisher stand, ist Graf Pourtales der Ansicht, daß dem totalen Verbot gemäß eine Unterdrückung dieser Gänseinfuhr weder geboten noch erspriesslich für die Wohlfahrt der Bevölkerung unserer Gegend ist.“

Die russischen Gänse werden von den deutschen Bauern gemästet und dann mit Vortheil verkauft, daher ist die Stellungnahme erklärlich, aber sie zeigt, was es mit der Behauptung auf sich hat, die Einfuhr müsse aus sanitären Gründen verboten werden.

**Die Abkürzung der Karenzzeit bei der Unfallversicherung** war der Grund, weshalb sich Stumm gegen die geplante Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes wandte und weshalb er und der Centralverband deutscher Industrieller die Regierung zwang, die Vorlage nicht wieder einzubringen. Mit dieser Frage beschäftigte sich der in dieser Frage sehr sachverständige Dr. W. Roth in Frankfurt a. M. in der „Sozialen Praxis“: „Zwei Einwände, die gegen die Verkürzung der Karenzzeit erhoben werden, tritt er entgegen. Zunächst wird behauptet, die Verkürzung der Karenzzeit werde den Berufsgenossenschaften eine Arbeitslast aufbürden, die sie nach ihrer ganzen Organisation nicht bewältigen könnten. Darauf erwidert Dr. Roth: „Die schwer wiegende Bedeutung

dieses Einwandes läßt sich nicht verkennen. Es giebt Berufsgenossenschaften, die sich über große Theile des Reiches, ja sogar über das ganze Reich erstrecken und entweder gar nicht oder nur in wenigen Sektionen gegliedert sind; andere Berufsgenossenschaften wiederum umfassen zahlreiche kleine handwerksmäßige Betriebe; bei manchen Berufsgenossenschaften mögen auch beide Momente zusammentreffen. Bei einer derartig zentralisirten Organisation bietet selbstverständlich die sofortige Uebernahme der Fürsorge für alle, auch die kleineren Unfälle erhebliche Schwierigkeiten und diese Schwierigkeiten werden noch dadurch bedeutend gesteigert, daß unser Krankenkassenwesen an einer allzu großen Zersplitterung leidet. Trotz alledem können wir die Schwierigkeiten doch nicht für unüberwindlich halten und können uns dabei auch auf die Aussagen des Vertreters der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft beziehen, der auf dem Berufsgenossenschaftstage 1897 erklärte, daß der Vorstand seiner Genossenschaft, die über ganz Norddeutschland sich erstreckt und zahlreiche, zerstreut liegende Betriebe umfaßt, auf dem Standpunkt stehe, man solle „mit der ganzen Karrenzeit keine Wahn“ machen. Schon jetzt müssen ja die Berufsgenossenschaften von jedem Unfall, auch wenn er nicht für sie von wirklicher Bedeutung wird, Kenntniß nehmen und im Anschluß an die Unfallanzeige verschiedene, wenn auch vielleicht an sich unbedeutende Verwaltungsakte vornehmen. Wie sich im Anschlusse hieran die sofortige Uebernahme der Unfallfürsorge durch die Berufsgenossenschaft zu vollziehen hätte, das zu bestimmen, muß den einzelnen Genossenschaften nach Lage ihrer Verhältnisse bleiben. Dem für die Genossenschaft sich ergebenden Mangel an Vertrauenspersonen und Vertrauensärzten an den Orten, wo sich ein versicherungspflichtiger Betrieb befindet, könnte wohl durch Vereinbarungen mit anderen Berufsgenossenschaften, die an demselben Orte versicherungspflichtige Betriebe haben, abgeholfen werden.“ Wir meinen, die Befürchtung, daß es irgendwo an einem Vertrauensarzt fehlen könnte, ist unbegründet. Dazu sind die Ärzte in Deutschland zu dicht gesät. Der zweite Einwand, der gegen die Verkürzung der Karrenzeit erhoben wird, ist: die finanziellen Lasten der Berufsgenossenschaft würden durch eine geringere Karrenzeit übermäßig gesteigert werden. Auch dies befreit Dr. Roth. Er wendet ein: „Einmal werden die Mehrausgaben auf der einen Seite durch Ersparnisse, auf der anderen Seite (bessere Heilung der Unfallverletzten, Verkürzung der Erwerbsunfähigkeit) voraussichtlich mehr und minder ausgeglichen werden - von anderen Vorteilen, die aus der Reform sich ergeben werden, ganz abgesehen. Sodann wird von den Freunden der jetzigen Karrenzeit selbst geltend gemacht, daß die den Krankenkassen aus der Tragung der Unfallkosten während der ersten 13 Wochen erwachsende Belastung verhältnismäßig gering sei, namentlich im Vergleich zu den Gesamtausgaben bei der Krankenversicherung. Wenn dies aber der Fall ist, wenn man weiter hinzunimmt, daß die Betriebsunternehmer auch an der Tragung dieser Krankenversicherungskosten theilhaftig sind, daß ihnen ferner lediglich der dreizehnwöchigen Karrenzeit wegen außerdem noch eine partielle Individualhaftung auferlegt werden mußte, die mit der Befreiung der Karrenzeit in Wegfall käme, dann kann man doch kaum mehr die finanzielle Seite der Frage als ausschlaggebend betrachten.“

### Schweiz.

**Italienische Polizeispitzel.** Aus dem Kanton Tessin wird berichtet, daß es dort von italienischen Polizeispitzeln wimmelt und daß solche auch in Genf und Zürich ihr Unwesen treiben. Nach der „Luzerner Revue“ werden aber nicht bloß italienischen Spionen beobachtet. Die Tessiner Behörden seien entschlossen gewesen, jeden entdeckten Spitzel auszuweisen, allein die italienischen Behörden hätten dagegen geltend gemacht, daß ein Fremder nicht ausgewiesen werden dürfe, weil er für seine Regierung Informationen liefere! Letzteres klingt geradezu ungläublich, andernfalls würde damit ja ein ganz neues Völkerrecht für die Unantastbarkeit von Spionen angesetzt. Die Schweiz hat bis jetzt noch jeden entdeckten Spion ausgewiesen.

**Tabakmonopol.** Aus Bern wird gemeldet, daß der Bundesrath an die Einführung des Tabakmonopols denke, um genügende Mittel für die Kranken- und Unfallversicherung zu gewinnen.

### Australien.

Der Plan eines „Großaustralens“ darf nunmehr als gescheitert gelten, da die neue Commonwealth-Bill zwar in Viktorien, Süd-Australien und Tasmanien bei der am Freitag und Sonnabend voriger Woche vorgenommenen Volksabstimmung die Mehrheit, aber in Neu-Süd-Wales nicht die für die Annahme vorgeschriebene Mindestzahl von Stimmen erlangt hat, so daß sie gerade in der wichtigsten der Kolonien, ohne die auch eine nur partielle Föderation nicht lebensfähig wäre, thörichtlich abgelehnt ist. Vorgeschrieben für die Genehmigung in der Mutterkolonie war in der sogenannten „Federal Enabling Act“ eine zustimmende Mehrheit von wenigstens 80000 Stimmen, es wurden aber nicht einmal volle 70000 Stimmen für den Entwurf abgegeben, denen beinahe 64000 ablehnde Stimmen gegenüberstanden.

### Lübeck und Nachbargebiete.

9. Juni.  
Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten

Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter. Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewert, Kommandit-Gesellschaft, Rakeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten. Der Vorstand der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“ J. A. R. Hermann.

**Das Wahlkomitee**  
**der sozialdemokratischen Partei**  
hat sein  
**Wahlbureau**  
im **Vereinshaus**, Johannstraße 50,  
Zimmer Nr. 3, part. rechts, eingerichtet.  
Dasselbe ist an den Wochentagen  
von 7—10 Uhr Abends,  
an den Sonntagen  
von 11—1 Uhr Vormittags  
geöffnet.

„s. Unparteilichkeit des „General-Anzeiger.““ Seit Ausbruch des Flensburger Tischlerstreiks befindet sich im hiesigen „General-Anzeiger“ häufig ein Inserat der dortigen Tischler-Zimung, wonach Tischlergesellen bei hohem Lohn nach dort gesucht werden. Die Lohnkommission der hiesigen Holzarbeiter richtet hierauf eine Gegenanzeige ein, welche besagt, daß sich die Flensburger Tischler im Streik befinden und deshalb die Kollegen ersucht werden, nicht nach dort zu reisen. Dieses Inserat wurde zurückgewiesen. Arbeiter, merkt's Euch, wie man eure Interessen vertritt! — Zugang von Tischlern nach Flensburg ist streng fernzuhalten.

Der „General-Anzeiger“ zitiert die national-soziale „Milde“, um zu beweisen, wie schön die Wahlanstalten der Pastorenpolitik sind. Die um Raum angeht also der Verstand eines moralisch verkommeneu Mannes nicht, sie finden auch gar nichts Bedenkliches darin, von nationalsozialer Seite ausgehende Korrespondenzen für nationalsoziale Zwecke zu verwenden, sie halten es anscheinend auch für politisch ausständig, ein Blatt für sich zu gewinnen als unparteilichen Thatsachenverbreiter, um hinterher mit dem „Urtheil“ dieses Blattes großzuprahlen. Wir gratuliren speziell Herrn Adolf Damacke zu dieser „vornehmeritterlichen“ Kampfweise. Mag er Arm in Arm mit „Max und Moritz“ sein Jahrhundert in die Schranken fordern! Par nobile trahunt! Hoffentlich nimmt der „Hann. Courier“ von der neuesten Rolle seines Refutakults gebührend Notiz.

**Arbeiterisiko.** Der in der Weingroßhandlung Pflüg jr. thätige Arbeiter Bülow stürzte gestern Nachmittag, als er Kisten mittelst einer Winde herabließ, aus einer Höhe von mehr als 5 Metern herab. Der Verunglückte hat sich so schwere innere Verletzungen zugezogen, daß er mittelst Tragkorb dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Wegen angeblichen Kindesmordes wurde, wie hiesige Blätter melden, ein Dienstmädchen aus Israelsdorf festgenommen und wegen Krankheit dem Krankenhaus vorläufig übergeben.

**Öffentliche Wähler-Versammlung** am Mittwoch im „Konzerthaus Fünfschauen“. Die Herren von der Reichstagswahlvereinigung von 1898 zur Erhaltung des Mittelstandes haben entschieden Beschluß in der Wahl ihrer auswärtigen Referenten. Kämpfte schon in ihrer ersten Versammlung Herr Raab aus Hamburg mit Mitteln, die jedenfalls von Herrn Lanenkein selbst als nicht anständig angesehen werden müssen und die er auch nie gebrauchte würde, so war das noch nichts gegen den Berliner Marktschreiber Lehmann, der sich gestern zu Gunsten des Mittelstandsandidaten in's Zeug legen sollte. Was Herr Lanenkein durch seine anständigen, ruhige und sachliche Weise an Sympathien für sich erworben hatte, wurde durch die oft recht ruppigen und nicht durch Sachlichkeit getriebenen Ausführungen des Lehmann wieder zerstört. — Die Versammlung, welche gegen 9 Uhr vom Vorsitzenden Mannweiler mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet wurde, war nur höchst mittelmäßig besucht, und von den wenigen Anwesenden waren noch drei Viertel Sozialdemokraten. Herr Lanenkein, der Reichstagsandidat der Reichstagswahlvereinigung, ergriff zunächst das Wort, um sich in Klagen darüber zu ergehen, daß er nicht den nöthigen Glauben finde, wenn er sage, er werde für das Wahlrecht in seiner jetzigen Gestalt voll und ganz eintreten werde. Was er verspreche, halte er auch. Das Koalitionsrecht der Arbeiter halte er ebenfalls für durchaus notwendig. Die deutsche Flotte halte er für notwendig, auch habe doch nur der Arbeiter den größten Nutzen von ihr, da sie ihm ja gute und lohnende Beschäftigung auf den Werften verschaffe. Des Weiteren ist Redner für die Aufhebung des Alters- und Invaliditätsgesetzes in seiner jetzigen Gestalt. Die Altersgrenze ist ihm zu hoch, die materiellen Leistungen zu niedrig. Diese Verbesserung habe er durch die Sozialdemokraten bekommen. Redner ist auch für Freiheit in Rede und Schrift. Der Antrag Panth, der so oft angezogen werde, um sich gegen ihn zu wenden, sei überhaupt nicht mehr vorhanden. Er sei für die Festlegung eines mittleren Getreidepreises durch den Staat, da dann dem Landwirthe eine gewisse Garantie geboten wäre und er sich auch mehr zum Bau von Korn versehen würde. Die Viehsperren halte er für notwendig; Deutschland besitze einen genügenden Viehbestand, um sich selbst mit Fleisch versorgen zu können. Die Forderung von Dänen für die Reichstagsabgeordneten hält Redner für durchaus gerechtfertigt. Nach diesen durchaus sachlichen Ausführungen hielt Herr Lehmann, der nun folgende Redner, es für angebracht, die Sozialdemokratie todt zu gößeln. Auf die von diesem Herrn aufgeführte Hanswurstdade mit all ihren Unwahrheiten, Verdächtigungen u. s. w. einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe; Niemand wird sie ernst genommen haben. Vielfache

Widersprüche mit Herrn Lanenkein unterließen ihm übrigens auch. Als die Kraft seiner von ihm sehr in Anspruch genommenen Zunge etwas nachlassen wollte, fing er sogar an, auf die Kraft seiner Fäuste zu setzen. Mit welchem Gefühle ihm der Vorstoß den Dank der Versammlung für seinen „Vortrag“ ansetzt, wollen wir nicht erörtern, mit Widerstreben richtete er Herrn Lehmann die Hand. In der Diskussion erhielt zunächst Genosse Raab das Wort. Die „Rede“ des Berliner Stadtrathes vollständig außer Acht lassend, beschäftigte er sich nur mit den Ausführungen des Herrn Lanenkein, welche zu widerlegen nicht besonders schwer war. Er empfahl ihm eingehende, nicht gar zu empfindlich zu sein, da ein Reichstagsandidat sich einiges Widriges der Wähler schon gefallen lassen müsse. Daß Herr Lanenkein persönlich für das Wahlrecht sei, glaube er gern, doch werde derselbe sich event. wohl dem Drängen der ihm nahestehenden Parteien fügen müssen. Daß Herr Lanenkein für das Koalitionsrecht der Arbeiter sei, ist an und für sich ganz schön, das heißt, was versteht er darunter, auch das Koalitionsrecht der landlichen Arbeiter? Daß der Antrag Panth nicht mehr befehle, sei ihm (Redner) etwas neues. Die Festlegung eines mittleren Durchschnittspreises für Korn, welche gefordert werde, könne aber dahin führen, daß jeder Handwerker für seine Erzeugnisse einen garantierten Preis verlange; jeder Arbeiter könne dann auch ebenso gut für seine einzige Waare, seine Arbeitskraft, einen festgesetzten Lohn verlangen. Auch auf die Folgen der Viehsperren kommt Redner zu sprechen, die selbst dem Tagelöhner, der nur ein Schwein besitze, das Fleisch vertheuere. Schon beim Kauf des Fleisches zeigen sich die Folgen; der Preis desselben sei noch einmal so hoch wie ohne Sperre. Auch darauf geht Genosse Raab ein, daß von den Bewilligungen für die Marine die Arbeiter Vortheile haben sollten. Gerade auf dem Werften und in den Städten, wo sich dieselben befinden, seien sehr viele Sozialdemokraten. Die Arbeiter wollten aber nicht dadurch Beschäftigung, wenn die Gesamttheit blauer muß. Die Anschauungen des Herrn Lanenkein über die Dänen und das Alters- und Invaliditätsgesetz stimmten mit denjenigen des Redners überein. Am Schluß forderte Genosse Raab auf, am 16. Juni demjenigen Kandidaten die Stimme zu geben, der die einzige sichere Gewähr bietet für die Wahrung der Volksrechte, nämlich Johann Carl Theodor Schwarz. Nach einer kurzen Entgegnung seitens des Herrn Lanenkein, erhielt Herr v. Puth das Wort, um unter lebhaftem Beifall der anwesenden Sozialdemokraten auf das Gebahren des Reichstagsvereins hinzuweisen, der in jedem Flugblatte und in jeder Versammlung eine Vorkühler seines Kandidaten vornehme, die wirklich als schön nicht zu betrachten sei. Er stimme hier mit den Sozialdemokraten vollständig überein, wenn sie sagten: Der Herr wird gut bezahlt, er mag dafür auch etwas leisten. Redner ist dann noch für die zwangswelke Entschuldung des Grund und Bodens. Nach einigen kurzen Bemerkungen von Lanenkein und Raab erhielt Herr Lehmann von Berlin das Schlußwort, um zu zeigen, daß sein Gebrauh dem gewissermaßen nicht ungeschicklich. Er rief schließlich die Anwesenden durch seine „Ausbreitermanier“ zu allgemeiner Lärme hin, so daß die Versammlung durch den Vorstößen schließend geschlossen werden mußte.

Eine öffentliche Wähler-Versammlung fand Mittwoch Abend in der Hansa-Halle statt, in welcher der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Genosse Th. Schwarz, über die Reichstagswahl referirte. In wartigen Worten ließ er die Verläumdungen seiner Gegner Revue passiren. Seine Ausführungen, welche sehr verständlich und sachlich gehalten waren, liefen darauf hinaus, daß Jeder, der sein eigenes Bestes wolle, am 16. Juni sein „Stückchen Papier“, den sogenannten Stimmgeld, der die beste Waffe gegen die Verkümmern der Volksrechte sei, richtig anwenden möge, indem er der Sozialdemokratie seine Stimme gebe. Allseitiger Beifall lohnte den Redner. Da sich Niemand zum Wort meldete, wurde die von etwa 300 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

— J. Ein eigenartiges Schauspiel bot sich Mittwoch Abend gegen 7 1/2 Uhr den Passanten am Stadtgraben. Dort war am stadtseitigen Ufer eine Kuh ihrem Führer entlaufen und in's Wasser gerathen. Bergedens waren alle Anstrengungen, das Thier an's Ufer zu ziehen. Der Führer der Kuh wandte sich daher an die Mannschaft eines in der Nähe liegenden Segelschiffes, welche bereitwilligst ein Boot bemannte. Mittelfst desselben wurde die Kuh an das jenfeitige Ufer gezogen, wo das durch die kalte Fahrt ernüchterte Thier leicht an's Land gezogen werden konnte.

Einen Selbstmordversuch machte Dienstag Abend ein Dienstmädchen, das in einem Hause der Moltkestraße in Stellung ist. Es stürzte sich aus der zweiten Etage auf den Hof, wo es bestimmungslos liegen blieb. Mittelfst Tragkorb wurde die Arme dann dem allgemeinen Krankenhaus zugeführt. Ueber den Grund zum Selbstmord konnten wir Näheres bisher noch nicht feststellen.

Der Bürgerausschuß hielt gestern eine Sitzung ab. Der Vorsitzende Dr. Benda theilte mit, daß in Veranlassung der Wahl zum Deutschen Reichstage der Geschäftsvorstand zu Wahlvorstehern bezw. zu Stellvertretern von solchen ernannt habe: 1. für den sechsten Bezirk zum Stellvertreter des Wahlvorstehers an Stelle des verhinderten J. J. A. Endau den Kaufmann J. F. F. Freitag, wohnhaft Neugasse 14; 2. für den neunten Bezirk zum Wahlvorsteher an Stelle des verhinderten B. W. C. Brand, dessen bisheriger Stellvertreter J. F. U. Lüders, wohnhaft G. Ebelplatz 12, und zu dessen Stellvertreter den Kaufmann G. E. Legtmeyer, wohnhaft Kl. Burgstraße 24; 3. für den vierzehnten Bezirk zum Stellvertreter des Wahlvorstehers an Stelle des verhinderten F. Runa den Kaufmann J. Evers, wohnh. Am Brink 1; 4. für den sechszehnten Bezirk zum Wahlvorsteher an Stelle des verhinderten D. C. R. Quieser den Kaufmann R. Dugge, wohnhaft Croudsforder Allee 82, und zum Stellvertreter des Wahlvorstehers an Stelle des verhinderten Dr. jur. J. A. v. Kuieriem den Privatmann J. W. Brühns, wohnhaft Brühnsstraße 10. — Zur Wahl von vier bürgerlichen Deputirten für die Behörde für das Feuerlöschwesen beschloß der Bürgerausschuß, dem Senate Wahlvorschläge entgegenzubringen. — Abhandelt wurde der Senatsantrag betrafen. Derselbe betraf den Entwurf einer neuen Kaufmannsordnung. Nach einigen, nicht gerade wesentlichen Abänderungen beschloß der Bürgerausschuß, den Entwurf der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen. Der zweite Antrag betraf eine Geldforderung von 8490 Mark für Wegeverbesserungen der Arminstraße, des Israelsdorfer Weges bei der Forsthalde und der Schlußtrape Hansee. Diesem Antrage ertheilte der Ausschuß die beantragte Mitgenehmigung. Angleich wurde das Ersuchen an den Senat gestellt, an den Wegestrecken gleichzeitig gute Fußwege herzustellen. — Zur Verathung stand alsdann die in der Versammlung vom 25. vor. Wts. überreichte Senatsvorlage, betreffend die Einführung von Wassermetern. Dr. Sommer beantragte die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen. Dieser Antrag wurde angenommen und beschloß, in die Kommission sieben Mitglieder zu benennen. Die Wahl der Kommission wurde auf die nächste regelmäßige Sitzung verschoben.

— K. Unfall am Hafen. Der Hafnarbeiter Wilken fiel gestern Nachmittag auf dem schwedischen Dampfer

"Gustav Wafa", indem er in ein Ablagloch trat, so unglücklich, daß er zwei Rippen brach und per Droschke in seine Wohnung befördert werden mußte.

Zum Danuspektor für Hoch- und Wegebau hat der Senat den früheren Regierungsbaumeister F. H. Walzer ernannt. Der Antritt erfolgt am 1. Juli d. J.

Zu das Handelsregister ist am 8. Juni 1898 eingetragen auf Blatt 1987 bei der Firma „Max Braun“: Die Firma ist erloschen. Die Procura des W. Schönsfeld ist erloschen.

### Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

**Matefan.** Eine Wähler-Versammlung findet am Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Kopp hieselbst statt. Reichstagskandidat Genosse Paul Hug-Bant wird sprechen.

**Altona.** Genosse Arthur Stadthagen in Berlin war in der Berufungsinstanz vor dem hiesigen Landgericht angeklagt, den Gensdarm Stoffers am 15. August 1896 auf Helgoland beleidigt und demselben in seiner Eigenschaft als Beamter Widerstand geleistet zu haben. Das Schöffengericht auf Helgoland, welches sich mit der Angelegenheit am 18. März zunächst beschäftigt hat, hatte auf Freisprechung erkannt, jedoch den Antrag des Angeklagten, ihm die notwendigen Auslagen zu ersetzen, abgelehnt. Wegen des schöffengerichtlichen Urtheils legten der Anwaltschaft und der Angeklagte Berufung ein. Ersterer, weil auf Freisprechung erkannt, letzterer, weil nicht seinem Antrage gemäß die Einkeltung des Verfahrens und die Ersetzung seiner notwendigen Auslagen beschlossen worden sei. Der Angeklagte war in der jetzigen Verhandlung vom persönlichen Erscheinen entbunden. In der Sache selbst handelte es sich um Folgendes: Der Angeklagte begleitete am 15. August 1896 den Genossen Bekour und dessen Gattin an Bord eines bei Helgoland zur Abfahrt bereitliegenden Dampfers. Auf der Dampfschiffsbrücke, welche zur Hälfte abgesperrt wird, sobald ein Dampfer abfährt, soll sich dann der Angeklagte der Beleidigung des Gensdarmen und des

Widerstandes schuldig gemacht haben. Der abgesperrte Raum durfte nur von solchen Leuten benutzt werden, welche an Bord gehen wollten und der genannte Gensdarm hatte darüber zu wachen, daß dieser Anordnung Rechnung getragen wurde. Als Stadthagen, der bereits gesagt hatte, daß er den genannten Genossen und dessen Frau begleiten wolle, den gesperrten Raum betreten wollte, soll er den Gensdarm, der ihn darauf zu hindern suchte, durch das Wort „Dummheit“ beleidigt haben. Der Gensdarm hat sodann den Angeklagten gewaltsam aus dem geschlossenen Raum entfernt, wobei ihm der Angeklagte dadurch Widerstand geleistet haben soll, daß er sich an einen Gegenstand festhielt. Das Schöffengericht hat dem Angeklagten geglaubt, daß er seinem Begleiter, der über die Anordnung des Gensdarm aufgeregt war, das Wort „Dummheit“ zugerufen habe, um denselben zu beruhigen. Was den Widerstand anbelangt, so war das Schöffengericht der Meinung, daß der Gensdarm sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden habe, da der Angeklagte, der gesagt hatte, daß er die Genannten begleiten wolle, berechtigt war, den betr. Raum zu betreten. Der Einwand des Angeklagten, daß das Verfahren eingestellt und ihm die notwendigen Auslagen erstattet werden müßten, weil gegen ihn während der Reichstagsession ohne Genehmigung des Reichstages gerichtliche Untersuchungen vorgenommen seien, wurde für nicht stichhaltig erklärt, da der Angeklagte persönlich in keiner Weise verurtheilt worden sei. Der Staatsanwalt, Assessor Dr. Köger, stellte sich in der Verhandlung auf einen anderen Standpunkt. Er beantragte die Einstellung des Verfahrens auf Grund des Artikels 31, Absatz 3, der Reichsverfassung, wobei er hervorhob, daß nach richterlichen Entscheidungen nicht nur solche Untersuchungen gegen einen Reichstagsabgeordneten während der Reichstagsession nicht stattfinden dürfen, sondern daß überhaupt alle gerichtlichen Handlungen unzulässig seien, welche die Untersuchung fördern. Der Gerichtshof schloß sich dem an und erkannte auf Einstellung des Verfahrens und Ersetzung der notwendigen Auslagen des Angeklagten.

**Gästrow.** Meuterei-Proceß. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich die vier Landarbeitshändler, nämlich der Arbeiter Grabe aus Regenwalde, der Zimmermann Schäfer aus

Schneidemühl, der Schlachtergeselle Kasper aus Bischofsberg und der Arbeiter Frey aus Ribbel, sämtlich bereits mehrmals wegen Bettelns, Diebstahls, Körperverletzung, Widerstandes u. s. w. bestraft, wegen Meuterei zu verantworten. Die Angeklagten waren wie das „F. Fr.“ meidet, Anfang dieses Jahres mit elf andere Corrigenden unter Aufsicht des Landarbeitshaus-Ausschusses nach Kattowen, wo sie arbeiteten, in der Schmittlerfabrik untergebracht. Am 22. März hatten sie sich durch den Verkauf von Abergelaparte Brot zwei Flaschen Branntwein zu verschaffen gewohnt und sie als bald leer getrunken. Sie machten dann argen Lärm und Standa und griffen den Kassier nach, der sie zur Ruhe verwies, mit dem Worten: „Stuhl und Scharle zc. thätlich an.“ Tod machte schließlich in sein Zimmer flüchten, dessen Thür er verriegelte. Die Angeklagten sprengten jedoch die Thür, wobei Grabe anstieß; Tod mit ihm über sein Leben! Tod sprang in dem Augenblicke, als die Verfolger ins Zimmer drangen, aus dem Fenster, worauf sie die Sachen im Zimmer mit einem großen Knüttel zertrümmerten. Tod hatte sich inzwischen einen Hirschfänger und einen Revolver geholt und war dann mit einigen anderen Personen in die Schmittlerfabrik zurückgekommen. Hier wurde er abermals angegriffen. Er feuerte zur Abwehr zwei Schüsse in die Luft ab, ein dritter Schuß, der ohne Tod's Willen losging, traf den Grabe in den Unterarm. Tod trieb nun die Angeklagten mit blankem Hirschfänger in die Stuben zurück, wo sie alsbald alles zertrümmerten. Erst als der Arzt aus Aligow eintraf und die Verwundeten verband, trat Ruhe ein. Schöfer, Kasper und Grabe bekauerten sich schuldig, sie wollten sich jedoch einiger Vorfälle nicht mehr erinnern, da sie völlig betrunken gewesen seien; Frey bestritt seine Beteiligung an der Zusammenrottung; er will nur über das Essen geschimpft haben. (1) Das Gericht verurtheilte die drei erstgenannten Angeklagten zu je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und Unfähigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Frey wurde freigesprochen.

**Stensfanz-Wiehmars.** Hamburg, 8 Juni

Der Schwelgerhandel verlief mittelmäßig. Zugeliefert worden 780 Stück. Preise: Verlanbschwelme, schwere 52-53 Mk., leichte 54-55 Mk., Sauten 42-45 Mk. und Fertig 52-54 Mk. pr. 100 Pfd.

### See-Berichte.

- D. „Burg“, Kapl. Thiel, ist am 8. Juni von Billau nach Rostock abgegangen.
- D. „Amalra“, Kapl. E. Schöning, ist am 7. Juni in Borga angekommen.
- D. „Neptun“, Kapl. P. Fahlbusch, ist am 8. Juni von Bremen auf hier abgegangen.

Hierzu eine Beilage.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Gesucht zum 1. October eine Wohnung für Leute ohne Kinder, Miethe bis zu 170 Mark, am liebsten vor dem Holstenthor. Offerten unter T 66 an die Exped. d. Bl.

Zum sofortigen Antritt wird ein **Tischler-Lehrling** gesucht bei **G. H. Busch**, Tischlermeister, Alststraße 21.

Zu kaufen gesucht ein **Zw. Handwagen** Balanierfahr 85, parterre rechts.

Zu verkaufen ein **großer Ziehhund** (Ulmer Dogge) Elmwigstraße 24.

2 neue **Sophas** in schwarz und rothbraun, mit und ohne Stühle, billig Alstb. 66.

Zur Anfertigung sämtlicher **Sattler- u. Tapezierarbeiten** zu billigen Preisen bei zeller Bedienung empfiehlt sich **A. Habekost** Klappenstraße 28 a.

**Hansa-Freimarken** sind nach wie vor Breitenstr. 70 u. Markt 9 bei **Freier Wiese** zu haben.

**Eimerbier** bei **E. Nickels**, Bahmstraße 31 am Sonnabend den 11. Juni wie sonst.

**Herbstfang - Flohm - Heringe** en gros - en detail empf. **Ludw. Hartwig**, Obertrave 8.

**Meierei-Gras-Butter** Pfund 88 und 88 Pfg.

**Hofbutter** Pfund 80 Pfg.

**Margarine** Pfund 45, 50, 55 und 60 Pfg.

**Holstenstr. 6. August Holst.**

Prima geräuch. Schinken (Landranch)

Prima geräucherte Mettwurst, sowie täglich frisch gelochte Mettwurst, sämtl. Sorten Aufschnitt in bef. Güte empfiehlt

**Joach. Schmidt**, Joh. Heinr. Schmidt, Hügstraße 43.

## Taback- u. Cigarren-Fabrik

von **C. Wittfoot**, Hügstraße 18

empfeht selbstverfertigte, in Extraktiven verpackte zu Festpreisen besonders geeignete Cigarren in folgenden Sorten:

Havana, <sup>1/20</sup> Mille (50 Stück) 5,00 Mk. Sumatra mit Brasil, <sup>1/40</sup> Mille (25 Stück) 1,50 und 1,25 Mk. Sumatra mit Havana, <sup>1/40</sup> Mille 3,50 Mk. Sumatra mit Brasil, <sup>1/20</sup> Mille 3,00 und 2,50 Mk.

**Weisen, Schagpfeifen, Cigarren- u. Cigarrettenstippen u. Etuis. Rauch-, Kau- und Schnupftabak gut und billig.**

### Spazierstöcke.

Jedem Reichstagswähler zu empfehlen ist:

## Das kommunistische Manifest

Sechste autorisirte deutsche Ausgabe.

Mit Vorreden von **Karl Marx und Friedrich Engels.** Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

NB. Im Hinblick auf das von Herrn Direktor **Hermann Gebhard** am letzten Sonntag herausgegebene Flugblatt ist die Lektüre des kommunistischen Manifestes allen Wahrheitsliebenden nur zu empfehlen.

Durch Zufall eine Parthie frische Meierei-Butter Pfd. 80 u. 85 Pfg., gute Koch- u. Schbutter Pfd. 75 Pfg. empfiehlt **Carl Ohlert**, Rönigstraße 123.

**Prima geräucherte Mettwurst** Pfund 70 Pfg.

**Hiefiges Schweinefl.** Pfd. 60 Pfg.

**Pa. Queenfleisch** Pfd. 50 Pfg.

**W. Strohsfeldt** 73 Glockengießerstraße 73

**Vorderschinken** Pfund 52 Pfg.

**Geräucherte Carbonade** Pfund 65 Pfg.

**Fetten Speck** Pfund 60 Pfg.

**Holstenstr. 6. August Holst.**


## Grosse Auction!

am Freitag den 10. Juni, Nachmittags 2 1/2 Uhr in der **Hundestr. 14** Gasthof „Stadt Schleswig“

Aber: Sophas, Mohr, Polster- und Lehnstühle, Tische, Waschtisch, Spiegel, 2 Kabinen, eine Gartenbank, Gartenschlauch, ein Öpernglas, Delgemälde, Schrank, eine Commode, Arbeiterhemden, ein Sommerberseher, Herren-Hosen, Anzüge und verschiedenes nicht Genannte mehr.

**J. C. B. Schmehl**, Auctionator und Taxator.

**Gesangszirkel der Zimmerer.** In Anbetracht der Wählerversammlung fällt die Gesangsstunde am Freitag den 10. d. M. aus. Nächste Gesangsstunde am Freitag den 17. d. M. **C. Hamann.**



**Arbeiter-Madfahrer-Berein Lübeck.**

### Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 10. Juni präcise Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Der Vorstand.

Die Einzelsahrer werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

### Quartett-Verein „Amicitia“.

## Versammlung

am Sonnabend den 11. Juni Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Schneider.

**Tagungs-Ordnung:** Ausflug, Wahl, Verkauf einer Uhr, Verschiedenes. NB. Schluss der Unterschriften und Fahrkarten-Ausgabe. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

## Tanz-Kränzchen

der **Stodelsdorfer Schweinegilde** am Sonntag den 12. Juni im Lokale des Herrn **F. L. Pütan** in Fadenburg. Anfang 6 Uhr Nachmittags. Entree 60 Pfg. Es ladet freundlichst ein **Das Fest-Comitee.**

## Speise-Halle Hansa

**Hansastraße 24.** (Mittagsstich u. 11 1/2-2 U.) Freitag: Kalte Milch mit dickem Weizenmehl, gebr. Leber, Kartoffeln, Sauce, Rotkebehen.

## Chronik auf das Jahr 1848.

9. Juni.

Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswigsche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Reich ihrer Wirksamkeit gehöre, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen, daß aber beim Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Der Antrag, daß die Genehmigung des mit Dänemark abzuschließenden Friedens der Nationalversammlung vorbehalten bleiben müsse, wird abgelehnt. Damit war die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Frage dem Ermessen Preussens überlassen. Bezeichnend für die Jagdbüchse der Abgeordneten war es, daß sie sich vor der Abstimmung über diesen letzten Punkt zu entfernen suchten und nur durch vielfache Parole zum Dableiben bewogen werden konnten.

In der preussischen Nationalversammlung zu Berlin wurde weiter über den Behrend'schen Antrag verhandelt. Der Abgeordnete Zachariä hatte einen nicht angeführten Vermittelungsantrag eingebracht, der den Schwankenden der verschiedenen Richtungen ein offenes Statuten für ihre politischen Ansichten erparte und von der Versammlung angenommen wurde. Dieser Vermittelungsantrag lautete: „Die Versammlung geht in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Wählergebnisse, denen wir in Verbindung mit der 1. Zustimmung des gegenwärtigen Nationalen Beschlusses verbunden, auch das Verbleiben der Kämpfer um dieselben nahebringen ist, und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erachtet, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über.“ Während diese Debatten in der Singakademie gepflogen wurden, hatten sich vor der Thüre des Gebäudes im Rahmen des großen Aufstiegsgebildes, die erregt den Ausgang des Behrend'schen Antrages erwarteten. Als es bekannt wurde, daß die Versammlung der Anerkennung der Revolution aus dem Wege gegangen war, erregte dies die größte Entrüstung der angesammelten Massen. Die missliebigen Abgeordneten wurden bei ihrem Austritt aus der Singakademie mit Beschimpfungen empfangen; der Rediger Gbow und der Staatsminister v. Armin kamen in solche Gefahr, daß sie durch Studenten nach der Universität gerettet wurden. Seit diesem Tage herrschte eine gewitterschwüle Stimmung in Berlin, sobald der Major v. Welfen, der neue Kommandant der Bürgerwehr, diese der Nationalversammlung an deren Schuis an Verfügung stellte.

10. Juni.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz war Nadeßky mit seinem Heere vor Vercenza eingetroffen. Am Vormittag des 10. begann der Angriff. Die Stadt wurde besonders durch die päpstlichen Schweizer energisch verteidigt. Allein die Oesterreicher drangen immer tiefer in die Vorstädte hinein und beschossen die Stadt mit Erfolg, bis der Eintritt der Dunkelheit dem Kampfe ein Ziel setzte. Der Kommandant Durando sah das Unhaltbare seiner Lage ein und schickte noch in der Nacht Parlamentäre zu Nadeßky. Wenige Stunden darauf, am 6 Uhr früh den 11. Juni, war ein Vertrag zu Stande gekommen, wonach die päpstlichen Truppen die Stadt zu verlassen hatten und sich verpflichteten, drei Monaten nicht gegen Oesterreich zu kämpfen.

bei den Wahlen nicht zweifelhaft sein. Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre Partei; die bürgerlichen Parteien, die unzweifelhaft gewillt sind, die bestehende Staatsordnung aufrecht zu erhalten, haben demgemäß auch dem deutschen Reich gegenüber, wie gegen sich selbst, aus Gründen der Selbst-erhaltung die Verpflichtung, durch ihre Haltung im Wahlkampfe und Beteiligang an der Wahlhandlung der Wahl sozialdemokratischer Abgeordneten gemeinschaftlich entgegenzutreten.

Wahlberechtigte, die aus Fraktionsrückichten besondere Kandidaten aufstellen oder bestehende Kandidaturen anrecht erhalten und damit die Wahl von Kandidaten bürgerlicher Parteien in Frage stellen oder vereiteln, laufen Gefahr, die sozialdemokratische Bewegung zu unterstützen. Wer das Vaterland vor schweren inneren Erschütterungen bewahren will, sollte deshalb seine politischen Neigungen und Abweichungen der vornehmsten politischen Pflicht unterordnen: „Der geschlossenen Frontmachung gegen den revolutionären Sozialismus.“

Zum Wohle aller Klassen der Bevölkerung muß der nächste Reichstag eine sichere Mehrheit bewahren, die bereit ist, die großen gemeinsamen Interessen der Gewerbstände positiv zu fördern. Zu dem Zwecke muß es der Regierung einen festen Rückhalt bei der Vorbereitung und Entscheidung der schwierigen Fragen des internationalen Wettbewerbes bieten und entschlossen sein, die Lage der heimischen Produktion, besonders die Lage der Landwirtschaft und der Mittelklassen vorurtheilsfrei zu prüfen. Im Interesse der Arbeiterbevölkerung wird es einer formalen Verbesserung und eines weiteren sachlichen Ausbaues der Arbeiterversicherungsgesetze unbedingt bedürfen. Sollte keine Aussicht vorhanden sein, einen Kandidaten durchzuführen, welcher diese gesammte Auffassung theilt, so sollte jedenfalls der Kandidat unterstützt werden, der den Sozialdemokraten gegenüber steht. Kein staatsstreuer Wähler darf an der Wahlurne fehlen, um durch Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht für das politische und wirtschaftliche Wohl der staatlichen Gemeinschaft auch persönlich einzutreten.

Wer etwa erwartet, in dieser neuesten Wahl- und Abstimmung des Grafen Posadowsky etwas Neues zu finden, wird sich sehr getäuscht sehen; denn der neue Sprechminister begnügt sich damit, sein altes Nachwächterlied von Neuem anzustimmen. Er hat am 26. März 1898 bei der Flottendebatte den famosen Satz formuliert, daß das Wohl des Vaterlandes über Parlamentsrechte gehe und darauf gesagt:

Ich bedauere, daß es noch Leute giebt, die diese Gefahr nicht erkannt haben, und die über dieser Gefahr eingeschlossen sind! Wir werden aber alles dazu thun, um das deutsche Volk aus diesem Schlafe aufzurütteln!  
Und am 27. April sagte er im Reichstage:  
Ich kann dem Herrn Abgeordneten Rebel aber sagen, daß

ein solches Geleß zur Zeit nicht in Aussicht steht, und ich will ihm auch sagen: warum nicht. Ich würde es im gegenwärtigen Augenblick für einen politischen bedenklichen Schritt halten, den bürgerlichen Klassen das politische Schicksal eines energischen sozialistischen Repressionsgesetzes zu geben. Die bürgerliche Klasse könnte sich bei einem solchen Geleß beruhigen, und wenn damit die Sozialdemokratie nicht von der Erdoberfläche verdrängt würde, könnte man sagen: ja, die Regierung führt das Geleß eben vor Schlaf aus. Nein, meine Herren, ich bin der Ansicht, die bürgerlichen Klassen in Deutschland müssen selbst immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß der Kampf, den die Regierung gegen die Sozialdemokratie pflichtgemäß führen muß — denn die Sozialdemokratie stellt den Privatbesitz und unsere bestehende Staatsverfassung in Frage — (Sehr richtig! rechts), daß dieser Kampf nicht ein Duell zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Partei ist, sondern ein Kampf, welchen die bürgerlichen Klassen mit der Regierung und an der Seite der Regierung führen müssen (Sehr gut! rechts); Lechten bei den Sozialdemokraten, da es sich bei dem Kampf gegen die Sozialdemokraten recht eigentlich um eine Frage der bürgerlichen Klasse, um eine Frage des bestehenden Staatswesens handelt. Deshalb, meine Herren, muß in die bürgerlichen Klassen das Gefühl dringen, wie gefährlich die sozialdemokratische Bewegung ist, und daß es eine Pflicht der Nothwehr, der Selbstverteidigung ist — ob es populär ist oder nicht —, die Regierung in diesem Kampfe zu unterstützen. (Bravo! rechts.)

Auch in seinem neuesten Briefe, der, wie es scheint, an Herrn von Stumm oder an einen Geistesverwandten des Königs von Saarabien gerichtet ist, haben wir nur einen neuen Abguss dieser „vollen Kamellen“. Graf Posadowsky proklamirt den offenen Kampf der mit der Regierung verbündeten bürgerlichen Klasse gegen die Arbeiterklasse und bläst gleich dem Oberammlingspolitiker Miquel zum Sammeln aller Truppen der Bourgeoisie wider den Umsturz. Graf Posadowsky erscheint somit als Adjutant des diesmaligen deutschen Wahlministers v. Miquel, in dessen Kabinet alle Fäden der Wahlmacht zusammenlaufen.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, der Reichsminister für Sozialpolitik von oben, das kennzeichnet scharf die heutige Lage, treibt die rücksichtsloseste Wahlmacht und bemittelt sich, was den „Ordnungsparteien“ bisher gefehlt hat, eine amtliche Wahlparole, zu geben. Er erscheint als Stimmungsmacher für das großindustriell-feudale Kartell und agitirt für jene gefährliche Hochzollpolitik, die „im Interesse der Landwirtschaft“, d. h. zu Gunsten krautjungerlicher Liebesgabenempfänger, sich den Brodwucher auf höchster Stufenleiter als nächstes Ziel setzt.

Daß einer der höchsten Reichsbeamten so als Agitator in den Wahlkampf eingreift, gleich irgend einem Feld-, Wald- und Wiesnogravier, der mit Klopfflechterkunststücken den blöden Hödur zu täuschen sucht, den Wauwau des „Umsturzes“ beschwört und eine gemeinsame Frontstellung aller Bourgeoisparteien gegen die Sozialdemokratie betreibt, ist in der Zeit des Evangeliumskurses nichts Verwunderliches.

Als der Kanzler, Fürst Hohenzollern, seinen Brief an den „rothen Bringen“ schrieb, worin er sich für dessen Wiederwahl aussprach, erhob die agrarische Presse ein indianisches Entrüstungsgeschrei über „Wahlbeeinflussung.“ Was wird sie nun zu dem Posadowsky-Briefe sagen, den ein Untergebener des Kanzlers

## Und Posadowsky sprach . . .

L. V. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das bekannte Bismarck-Organ, veröffentlicht das Antwortschreiben Staatssekretärs Posadowsky an einen „notabeln“ Politiker, der von Posadowsky eine „gutachtliche Aeußerung“ über das bei den Wahlen zu beobachtende taktische Verhalten erbeten hat.

Posadowsky schreibt:

„Die bürgerlichen Parteien können über ihre Haltung

## Der Jude.

Deutsches Sittengemälde

aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von C. Spindler.

(66. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Katharine, bleich wie ein Marmorbild, starrte Wallraden unbeweglich an. Die Augen waren ohne Thränen, obwohl ein bitterer Schmerz aus ihnen leuchtete. Lange konnte sie kein Wort der Erwiderung finden. Endlich öffnete sich der blasse Mund. „Wallrade!“ flügelte die Gequälte: „Du forderst mich auf, lebendig ins Grab zu steigen? O, wie oft hörte ich, daß hinter Klostermauern der Friede nicht wohnt! Dort soll ich des Lebens Blüthe verwelken sehen? Ich bin ja noch so jung, Wallrade, ich habe kaum die Welt gekostet, und soll sie schon vergessen in dumpfiger Zelle? Du begehrst das Schwerste, das ich kaum gewähren könnte!“

„Wie's Euch beliebt;“ antwortete Wallrade kalt: „mein Rath war redlich, Katharine; daß Ihr ihn nicht befolgt, möchte Euch zu spät gereuen. Mich kümmert zwar Euer Los nicht im mindesten. Wollet mir jedoch die Liebe thun, mein Haus stracks zu meiden. Ich lebe nicht gern mit Fluch und Bann unter einem Dache.“

Die grausame Rede schüttelte Katharinens schwaches Widerstreben zu Staub. Ein Strom von Thränen preßte sich unter den Wimpern der Leidenenden hervor, die wie verzweifelt sich zu Wallradens Füßen warf. „O Wallrade!“ jammerte sie: „Bin ich denn so ganz dem Bösen verfallen in Deinen Augen, daß Du mich unerbittlicher von Dir stößest, als es ein Heide thun würde! Ach, Wallrade! hat jemals Dein Mund wahrgesprochen, als er mich Freundin nannte, — so jage mich nicht von dannen, wie den gehegten Hirsch! Hast Du nicht Mitleid mit mir — weil ich eine große Sünderin bin, — so habe doch Erbarmen mit meinem unschuldigen Würmlein, das nicht entgelten soll die Frevel seiner Erzeuger. Weife uns nicht hinaus in das wilde feindliche Treiben, das

uns verschlingen würde! Ich habe nie gelernt, allein zu wandeln die Bahn des Lebens. . . wie soll ich es jetzt beginnen, da mir alle Stützen brachen? . . . mit ihnen mein Muth?“

„Du fühlst es also“, — zürnte Wallrade, — Du fühlst es, daß der Strudel der Welt Dich hinabziehen würde, und zögerst noch, in den sichern Hafen zu schiffen? Du bist Dir bewußt, schwächer zu sein als ein Kind, und sträubst Dich, nach dem treusten Stab, nach dem Kreuze zu fassen? Thörichte, in Sünde und eitle Sinnelust Verstrickte! Ich sollte Dich vergehen lassen im Verderben, . . . aber noch einmal wendet sich Dir mein Herz zu. Gelobe, ehe es zu spät wird, meinen Willen zu gehoramen. Rette Dich zu den weißen Frauen. Streng ist ihre Regel, aber herrlich und süß die Zukunft, daß sie durch dieselbe erkaufen. Nicht Deine Strafe allein wendest Du vom schuldbehafteten Haupte ab . . . auch Deines verbrecherischen Buhlen Wein kannst Du mildern, ihm ein sanfteres Los in jener Welt erwirken! . . .“

O, wach einen Gedanken fackst Du in meinem Gehirn an!“ versetzte Katharine, erhoben durch die Widerspiegelung der Falschen: „Wenn mich eine Ursache stimmt, — ein Verlangen, so ist es der Wunsch, das Beglehen, ihn, der mich elend machte, durch Wohlthat und Liebe zu vergelten! Ja, ja! Ich folge Dir — unbedingt — sein Seelenheil zu retten! — Aber . . . fügte sie erschüttert und schmerzlich hinzu: Aber . . . mein Gott! das zerreißt mein Herz! . . . was wird aus meinem Kinde?“

„Deine Demuth, Deinen Gehorsam belohnt der Herr auf der Stelle!“ sprach Wallrade prunkend: „Deine Tochter sei die Meine. Nie werde ich mich vermählen, und in Deinem Kinde die Mutterfreuden kennen lernen, die ich nicht durch die Umarmung eines Mannes erkaufen möchte. Von Zeit zu Zeit bringe ich Dir das Wägdlein in Deine Abgeschiedenheit, um es zu küssen, um es zu segnen, und zu sehen, wie mild und gut ich's mit Dir meine.“

Mit der Wonne höchster Dankbarkeit umschlang Katha-

rine Wallraden. „Du bist eine Heilige!“ — jubelte die arme Mutter: „An Deine hohe Tugend reichen meine Sinne nicht! Noch vor wenig Augenblicken sah ich eine Feinde in Dir, und nun zwingst Du mich, als meine größte Wohlthäterin Dich zu verehren!“

Wallrade, welcher der herzerreißende Aufritt, trotz der Siegesfreude, die ihr daraus erwuchs, zu lange dauerte, beeilte sich, ihm rasch und durchgreifend ein Ende zu machen. Sie versicherte unter den kräftigsten Beteuerungen der Ärmsten ihre unwandelbare Zueigung, ermahnte sie, dem mühsam abgerungenen Vorsatz treu zu bleiben und versprach ihr zum folgenden Tag die Einführung in das Kloster der weißen Frauen, wofür unter ihrer Vermittlung die Aufnahme vorbereitet werden sollte. Hierauf redete sie ihr zu, das Lager zu suchen, um durch Ruhe den Sturm ihres Gemüths zu beschwichtigen, und überließ sich, nach Katharinens Entfernung, einem tiefen Nachdenken, dessen Ergebnisse am nächsten Morgen sich offenbaren sollten.

## Zweites Kapitel.

Reichthum heißt nicht Gold und Silber besitzen, sondern was man liebt.

Serbisches Lied.

Frau Margarethe stand umwölkten Blicks vor dem Kästchen, in welchem auf schwarzem Sammetgrunde die goldene Kette lag, womit ihr Gemahl sie zur Feier ihres heutigen Geburtstages bedacht hatte. Sie hätte mit sich selber großen Mogen, die Beschenke. Herr Diether hatte so herzliche Worte der Liebe zu ihr gesprochen, und trotz ihrem aufrichtigem Bemühen, solcher Liebe würdig zu sein, konnte sie kein ähnlich Gefühl in ihrer Brust hervorzubringen. Ehrfurcht und Sorgfalt, den greisen Mann zu pflegen, fand sie ihre Seele bereit, aber jene Empfindung, die so zart bewegt, so sanft erwärmt, so selig beglückt, war und blieb ihr fremd. In der prachtvollen Kette, diesem Zeichen von Diethers liebevollem Wohlgefallen, sah sie nicht den Schmuck, sondern nur die neue Fessel. Eine befriedigende Selbsttäuschung hatte es bis jetzt verblendet, und erröthend,

für die Sammlungsposittil geschrieben hat? Das ist natürlich keine Wahlmache.

Graf Posadowsky, der niemals etwas anderes war, als ein jetzt ministeriell aufgepumpter Agrarier vom reinsten Wasser, erscheint heute in der heugaligen Beleuchtung des Gesellschaftsretter, der eine Reichstagsmehrheit nach dem Herzen der Volkseinde schaffen will. Alle Register der konservativen Demagogie werden gezogen, dem „Mittelstande“ geht man um den Bart, den „Landwirthen“ werden goldene Berge versprochen. Bis ins kleinste werden Rathschläge und Vorschriften für die Wahltaktik der „Ordnungsparteien“ von dem Verfasser des Posadowsky-Erlasses, dem glühigen Vater Arbeitererziehung gesendet.

Wessen sich die Klassenbewusste Arbeiterschaft, die große Masse des werththätigen Volkes und der kleinen Leute, der Gewaffenden und der Konsumenten, von dem Grafen Posadowsky und seiner Politik zu versehen haben, braucht nicht erst dargelegt zu werden.

Ökonomische Knechtung, steuerpolitische Auspömerung, Vernichtung des Koalitionsrechtes und des Wahlrechtes, Sozialistengesetz und Hungerpreissgesetz, die Abenteurer der Weltpolitik und die Herrschaft des Volkheilmittels im Innern, das ist das A und O der Sammlungsposittil.

Der Brief des Grafen Adolf von Posadowsky wird natürlich von dem Wolffischen Telegraphenbureau, dem offiziellen Mädchen für Alles, pflichtschuldig in alle Welt telegraphirt. Er wird den zersfahrenen, in der Deutenthail raufenden Gruppen des Großbürgertums, die selbstverständlich auch diese Epistel Adolfs unter der Wählerschaft ausbreiten werden wie sauer Bier, recht wenig nützen. So wenig, wie andere Sammlungsreden und Sammlungsstricksprüche aus den höheren Regionen.

Die Sozialdemokratie dankt ihrem geschicktesten, wirksamsten und bereitesten Agitator wider Willen, dem Grafen Posadowsky, auch für diese neueste Hilfsaktion im Wahlfeldzuge auf das verbindlichste. So wird der geschlossenen Front der Krant- und Schlotjunker, der Schiffsrheder und Börsenbarone, des großkapitalistischen Interessentklingels die erogene Front der Arbeiterschaft eine engegenstellen und der ostelblich-feudalen Reaktion am 16. Juni ein innerpolitisches Feind bereiten, mag auch Graf Posadowsky als Landourmajor der Geldsackpartei noch so schrille Wirbel schlagen.

Nur noch eine kurze Frist, und der heiße Tanz am Wahltag ist da.

Will der Herr Graf ein Lätzchen wagen,  
So mag er's sagen,  
Wir spielen ihm auf.

## Politische Klumpen.

### Deutschland.

Von der „Erdballpolitik.“ Ein Berliner Berichts-erstatter verbreitet nachstehende „Insanonele.“ — und nicht überrassende — Mittheilung:

„Die Errichtung von Kohlenstationen wird in Marinereisen lebhaft erörtert, die neuerdings in Kiautschan gemachten Erfahrungen haben die Frage aktuell gemacht. Der Ausfall von Kohlen in Japan war nicht möglich, weil die Engländer alle Kohlen dort angeliefert hatten. Durch den Mangel an Kohlen wurde aber das Kreuzergeschwader vollkommen lahmgelegt. Allerdings sind schon deutsche Kohlenfahrer nach Kiautschan unterwegs und dort wird bald ein Kohlenlager vorhanden sein. Damit ist aber unsern Bedürfnissen gar nicht genügt. Wir brauchen nicht nur auf dem weiten Wege nach Ostasien mehrere Kohlenstationen, sondern auch an den Küsten von Afrika. Was braucht man an die Möglichkeit zu denken, daß uns und anderen der Suezkanal verschlossen wäre, dann bliebe nur der Weg um Afrika herum übrig. Wir würden also eine Kohlenstation in Marokko nötig haben, auch dürfte es sich empfehlen, eine solche von der Türkei im östlichen Mittelmeere zu erwerben. Weiterhin ist eine Niederlage in Westafrika ein Bedürfnis. Vor allem ist mit Bezug auf Ostasien schon oft darauf hingedeutet worden, eine Kohlenstation von Holland im Sundas-

Archipel zu erwerben, wo Hunderte von ganz unbenuzten Inseln vorhanden sind. Doch würde Deutschland unter den heutigen Umständen vielleicht einen eigenen passenden Besitz an jener Straße erlangen. Zwischen Bornes und den Philippinen befindet sich der Sulu-Archipel, der Spanien gehört. Als 1888 der dortige malayische Sultan gestorben war, wendete sich seine Wittve an den Kaiser Wilhelm I. mit dem Gesuch, die Inselgruppe unter deutschem Schutze zu stellen. Im Jahre 1884 brachte ein deutsches Kriegsschiff die Antwort dahin. Die deutschen Offiziere und Mannschaften wurden von der Bevölkerung auf's Beste aufgenommen, während man die Beobachtung machte, daß die Spanier überaus verhaßt waren; wenn sie einzeln ihr festes Lager verließen, wurden sie scharf ermordet. Im Jahre 1885 begann der Streit um die Karolinen, Unterhandlungen mit Spanien waren angeknüpft. Gegenwärtig könnte man wohl mit mehr Aussicht auf Erfolg daran zu denken sein.“

Die „Erdballpolitik“ schießt recht läppig ins Kraut, und es eröffnet sich für die Steuerzahler immer nettere Aussichten; wenn die Wähler thöricht genug sein sollten, marionettentzerlegte Sammelbrüder nach dem Reichstag zu schicken. Wenn sein Geldbeutel lieb ist, der wähle daher keinen „Sammelbruder.“

Konservative und Nationalsoziale. Die „Konservative Revue“ schreibt: „Die Nationalsozialen haben die „überlebten“ alten Parteien und darin in den Schatten gestellt, daß sie die bei Chokoladenfabriken und Pflanzungen „Doktoren“ übliche Silbuhilzellaure auch für ihre Wahlgeschäfte in Anwendung gebracht haben. So hat uns beispielsweise ein auf Lugsapapier gedrucktes Flugblatt mit dem sehr sauber angeführten Bildnisse des „berühmten“ Herrn von Gerlach vorgelegt, das außer dem allerhand Nüchwendes über den porträtierten Kandidaten zu erzählen wußte. Diese Art von Kandidatenreklame ist in der That eine Neuerung, die aber wohl die „verrotteten“ alten Parteien den sehr sündigen Raumann'schen Geschäftsführern überlassen werden. Vielleicht bilden diese die Chokoladenreklame für ihre Kandidaten noch weiter aus, vielleicht finden sich auch Ainer, die die Raumann'schen Bildchen sammeln. In einigen Jahren dürften diese Porträts zu den Seltenheiten gehören, darum wäre eine solche nationalsoziale Kandidatenreklame gar nicht übel. Leider aber wird die Bildchenreklame nicht auf allen Seiten gewürdigt.“

Wenn auch die Ausführungen des konservativen Blattes den Nagel auf den Kopf treffen, so spricht doch zu deutlich der Reiz und der Reiz der Konservativen über den Einbruch der nationalsozialen „Schwarmgrüner“ in konservative Wahlkreise aus dem Artikel heraus.

Der Vorstand der Landblinder hat endlich gesprochen und die Anschuldigungen in der Thomasweht-Angelegenheit — widerlegt? Ach nein, das nicht, er hat sie mit derselben haltlosen und abgefeindeten Redeweise abgetrumpft, die wir aus den Händlerorganen schon genugsam kennen. Nicht weniger als drei Kundgebungen — die Menge muß es bringen — veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“ Nummer Eins hat „Vater Blöb“ in einer Händlerheerfahrt, die am Sonnabend im Sippischen am Hermannsdenkmal abgehalten wurde, die „maßlos gemeinen Angriffe einer feilen Presse als ein oft gebrauchtes Wahlmanöver scharf zurückgewiesen“ und erklärt, daß „der Bund, seine Führer und Beamten sich gegen solche gemeinen Verhöhnungen nicht zu vertheidigen brauchen.“ Genau in dieselbe Kerbe schlägt Nummer zwei, eine Erklärung des ergeren Bundesvorstandes, unterzeichnet von Blöb, Dr. Köstke, Blatzke. Hingugefügt wird hier nur noch, daß die ganze Beschuldigung dem Gesamtausschusse des Bundes zur Kenntniß gebracht werden wird. Wir sind im Voraus davon überzeugt, daß dieser Gerichtshof die Bundesleitung nicht nur freisprechen, sondern sie des höchsten Lobes würdig preisen wird. Auf andere Leute wird man damit allerdings nicht den geringsten

Eindruck machen. Nummer drei ist eine Veröffentlichung der landwirthschaftlich-technischen Abtheilung des Bundes über ihren Geschäftsgang. Dieser wichtigsten der drei Kundgebungen ist zu entnehmen, daß die Oberbeamten der technischen Abtheilung dem Rabatt hohe Tantiemen beziehen. — Summarum: widerlegt ist nichts und es bleibt dabei, daß der Bund, der allemal von jüdtlicher Entrüstung gegen die unläuterer Hand und seine Geschäftspraktiken überschäumte seine eigenen Mitglieder, die sich vertrauensvoll an ihr wenden, ohne ein Bewissenstrupel über Vortheile.

Der zweite Hermann. Die agrarischen Vorkämpfer und Goldverflechter, die „reinen Agrarier“ von Bunde der Landwirthe hielten dieser Tage am Hermannsdenkmal im Lantourger Walde ein Bundesfest ab. An dieser Gelegenheit haben „Die Pommer“ ihrem „Vater Blöb, der — am in dem Jargon bürgerlicher Zeitung zu reden — sich „von Bauernroschen mästet“, wie folgt angebracht:

Halt fest, mein Bund, mit deutscher Kraft,  
Mit scharfem Schwert schlag muthig drein;  
Ereubestem Volk, das ehlich schafft,  
Sollst Du ein zweiter Hermann sein!

Soll diese harmlose Reimerei vielleicht das Pfälsterch für die Bunde sein, welches die Thomaspflichter Angelegenheit dem Bunde geschlagen hat?

### England.

Zeische strawalle werden nach langer Pause wieder einmal gemeldet. In Belfast fand am Montag ein Prozess der irischen Nationalisten statt. Nach derselben griffen nämlich mehrere Tausende Orangisten (protestantische Irlander) die Polizei wiederholt an. Letztere wurde überwältigt und in ihre Kasernen zurückgebrängt. Mehrere berittene Schutzleute wurden schwer verletzt, Einer konnte nur durch die Tode gerettet werden, daß die Polizei die Revolver zog. Der Wibel ist sodann das Straßenspflaster auf, um die Straßenspflaster zu benutzen. Als eine Schwadron Dragoner und zwei Kompanie Infanterie auf dem Plage erschienen, wurde die Ruhe wiederhergestellt. Die Menge begrüßte die Truppe jubelnd und sang: „Hule Britannia“. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen. Man befürchtet neue Ausschreitungen, da die Stimmung der Orangisten äußerst erbitert gegen die Polizei ist. Der 6. Juni ist der Jahrestag des Ausbruches des Aufstandes vom Jahre 1886, an dem die Polizei 7 Zivilisten erschoss.

### Italien.

Welch ungeheure Summen das arme ausgefogene italisische Volk durch Bölle und indirekte Steuern aufzubringen hat, geht aus folgenden Zahlen hervor:

	Lire
Roll auf Petroleum . . . . .	84 000 000
Salzsteuer . . . . .	43 000 000
Roll auf Rader . . . . .	65 000 000
Roll auf Koffee . . . . .	20 000 000
Audere indirekte Steuern . . . . .	25 000 000
Summa	187 000 000

Also brinake 200 Millionen, die gegenwärtig von den Armen zur Erhaltung des Staatswesens beigetragen werden müssen! Dafür giebt's blane Bohnen, wenn das Volk hungert oder murr! Das ist die heutige Staatskunst!

### China.

Verlegung der Hauptstadt. Der Londoner „Globe“ meldet, das Jung-li Namen habe beschlossen, Singanfu die Hauptstadt der Provinz Schensi, an Stelle Peking's zur Reichshauptstadt zu machen. General Tang-Fu Ching, der jüngst erfolgreich den Auf-

widerstrebend mußte sie sich gestehen, daß sie sich betrogen, daß sie für Diether nur ein Herz habe, — kalt wie das Metall, aus welchem das vorliegende Festschmeide gefertigt. „Wie bin ich doch so unglücklich!“ sprach sie düster vor sich hin: „Ich möchte gerne redlich meine Pflicht erfüllen, wie es meines Eheherrn fromme Güte verdient und dennoch — meinem Willen zuwider — kommt mir wie Heuchelei vor, was ich thue und rede. Ach! hätte doch mindestens der Himmel meinen Johann erhalten; . . . ich könnte alsdann in Diether den Vater meines Kindes lieben! Aber das Unglück war nicht abzuwenden. . . nur zu verdoppeln durch eine ver-rätherische Lüge. . .“ setzte sie leise und unmutig hinzu.

Nach warf sie den Deckel des Kästchens zu und wollte dasselbe in ihre Spinde schieben, aber mit Staunen bemerkte sie nun, daß sie nicht allein gewesen. Der Schultzeiß, ein schöngewachsener, in den fünfziger Jahren noch stattlich aussehender Mann, dessen Gestalt ein geschmackvoller Anzug noch erhob, war, ohne von Margarethe gehört worden zu sein, eingetreten. Diethers Gattin vernichtete sich bestürzt, suchte in den Augen des edlen Herrn zu lesen, ob er etwa vernommen, was beinahe unwillkürlich ihren Lippen entwich, er sah jedoch zum Vergnügen nicht anderes darin, als nur den freundlichen Gruß eines so eben aber die Schwelle Schreitenden. Der Schultzeiß, zögerte nicht, der sichtbaren Verlegenheit Margarethens hilfsreich entgegenzukommen, und fragte bescheiden und an gelegentlich nach dem Schöffen. Margarethe berichtete ihm, ihr Gatte sei nach dem Garten gewandelt, um über die Anpflanzung desselben Befehle zu erteilen. Der Schultzeiß lächelte fein. „Freund Diether,“ sprach er, „scheint Blümlein und Früchte zu lieben; er ist eifersüchtig auf sein Eigenthum, und entzieht aller Welt dessen Genuß. Die schönste Blume seiner Gärten läßt er in Einsamkeit verwaunern, statt dann und wann

die Zahl anderer Verehrer durch ihren Anblick zu erfreuen.“

Margarethe, deren Scharfsinn gar leicht die Bedeutung der sinnbildlichen Rede errieth, antwortete durch das Roth auf ihren Wangen und duldete es, daß der Schultzeiß betonender fortfuhr: „Wir haben Euch so lange nicht in unserer Mitte gesehen, ehfame Frau. Die weitberühmte und herrliche Gesellschaft auf Limpurg (Versammlungshaus und Trinkstube der edelsten Geschlechter von Frankfurt) hat ihren Reiz und Glanz verloren, seitdem sie Euch nicht mehr zu ihren Gästen zählt. Wahrlich, ich werde am Ende von meinem Stubenmeisterrecht Gebrauch machen müssen, um den säumigen Gesellen Diether Frosch zur Ordnung und zur Pflicht anzuhalten. Nicht umsonst heißt Limpurg's Banner- und Wahlpruch: Zucht und Ehren soll man wehren, und Freud' nicht wehren. Aber Euer Eheherr wehrt unserer Freude, indem er uns Eure Holdseligkeit versagt.“

Margarethe erwiderte hierauf besonnen und milde, daß der Schultzeiß zu strengem ihrem Herrn zur Last lege, was am Ende sie nur allein verschuldet; daß die Einsamkeit des Hauses ihr besser zusage, als die Festlichkeiten Limpurg's; daß sie deshalb freiwillig in demselben verbleibe, besonders seit ihr Söhnlein wiederum gesundet nach der Stadt gefehrt.

Der Schultzeiß schüttelte am Schlusse dieser Entschuldigung leicht, aber dennoch bedeutend mit dem Haupte. „Es mag sein“, sprach er, „daß die Liebe zu dem Kinde einige geliebten Mannes in einer Frauenseele alles Uebrige verdrängt. Ich, der Hagestolz, habe nie Gelegenheit gehabt, mich davon genau zu unterrichten. Aber all Eure geschickten Ausflüchte reichen nicht hin, um mich von der Wahrhaftigkeit zu überzeugen. Wo Eifersucht ist, ehfame Frau, da ist auch Zwang; und eifersüchtig ist Diether im höchsten Grade, so ehr Ihr Euch bemüht, ihn zu entschuldigen. Wer weiß, ob ich's nicht auch an

seiner Stelle wäre. Je strahlender der Edelstein, je näher der Dieb. Dem sei nun aber, wie es wolle“, fügte er mit zierlicher Verbeugung hinzu: „Der Glückliche auf Erden würde ich sein, wolket Ihr mir vergönnen, Euch in Eurer Einsamkeit die Schuldigung darzubringen, die Ihr von der Menge verschmäht; wolket Ihr diese goldene Rose gütig empfangen, die ich Euch an dem Tage überreiche, der Euch gebat. Sie sollte von Juwelen gebildet sein, wäre ich ein Fürst; — ein einfach Mainröslein, wär' ich noch ein Jüngling, dessen Rosenwangen feiner schlichter Gabe das Wort reden könnten.“

Er hielt der staunenden Altbürgerin die kostbar gearbeitete Goldblume mit süßem Lächeln und hofmännischer Geberde hin, und stuzte über die Mäßen, als Margarethe das Geschenk mit zierlichen, aber klaren und bestimmten Worten zurückwies.

„Seid nicht ob meinem Thun beleidigt, Herr Ritter“, endigte sie: „Wie dürfte ich von Eurer Hand ein Geschenk empfangen, das ich nimmer erwidern könnte? Die Sitte und meine Pflicht gegen Diether verbinden mich, diese Rose auszuschlagen, welche auch ihre Deutung sei, und welche, ohne Zweifel untadelhafte, Absicht Ihr bei ihrer Ueberreichung haben möget.“

„Das ist eine harte Weigerung“, antwortete der Schultzeiß mit dem Ausdruck gekränkter Eitelkeit: „es kann Euch schon längst kein Geheimniß mehr sein, schöne Frau, welche Gefühle ich für Euch hege. Schon längst sehnte ich mich nach einem Anlaß, ihnen Worte zu leihen. Heute, an dem schönsten Feiertage, der für mich vorhanden, finde ich diese Gelegenheit, und Grausamkeit wird der Lohn meiner redlichen Empfindung? Bedenkt, holdeste der Frauen, daß Ihr durch Eure Weigerung die Rose nicht allein verwerft.“

(Fortsetzung folgt.)

stand in Kiangsu unterdrückt, sei nach Peking berufen und dann an der Spitze einer großen Truppenmacht nach einem Punkte auf halbem Wege zwischen Peking und Singanfu gesandt worden, um dem Hofe während seiner Reise nach der neuen Hauptstadt Schutz zu gewähren, seine Truppen seien auch schon längs des Weges aufgestellt. — Singanfu liegt südwestlich von Peking, nicht weit von der Mündung des Weiho in den Hoangho. Die Verlegung der Hauptstadt in das Innere von China soll wohl den Zweck haben, den Hof mehr vom modernen Verkehr abzuschließen.

### Rußland.

**Das angebliche Attentat auf den Zaren.** Vor einigen Wochen berichtete ein Wiener Blatt über die Entdeckung einer Mine unter dem Boden der von einem reichen Privatmann zum Andenken Alexander III. gestifteten Kirche in der Nähe von Zarstoje Selo, und da diese Kirche durch den Zaren eröffnet werden sollte, so war die Geschichte von einer Verschwörung gegen das Leben desselben fertig.

Wie nun die in London erscheinende „Free Russia“, und nach ihr die „Frankf. Ztg.“ melden, beruht diese ganze Mitteilung auf der bloßen Thatsache, daß der Architekt, welcher die Kirche in Zarstoje erbaute, sich unter einer großen Anzahl Verhafteter befindet. Da seine Frau auf freiem Fuße belassen wurde, so könne das Vergehen des Architekten kein schweres sein. Was aber die übrigen Verhaftungen anbetrifft, so werden dieselben auf den Uebervier des Obersten Wramidow zurückgeführt, der früher Chef der Obersten Gensdarmrie war und dann zum Leiter der „Ochrannoje Kolenije“, der einflussreichsten Spionier-Abtheilung der Petersburger Polizei ernannt wurde. Wramidow wollte angesichts der wachsenden Arbeiterbewegung die Hauptstadt „von unzuverlässigen Elementen“ säubern und beabsichtigte daher, einige Tausend Hausdurchsuchungen in einer und derselben Nacht vorzunehmen, allein da der Stadthauptmann Kleigels erklärte, daß er dazu nicht genug Polizisten habe, wurde die Mazzia allmählig ausgeführt. So sollen in der Nacht vom 23. März (n. St.) über 80 Personen — alles Leute von einiger Stellung und nicht mehr jung, wie z. B. Zivil-Ingenieure, Beamte, Architekten u. s. w. verhaftet und in Einzelhaft gebracht worden sein. Die Zahl der Verhaftungen, nicht bloß in Petersburg, habe schließlich 2000 überschritten. Unter den am 23. März Verhafteten soll sich auch ein Postbeamter Namens Kostromin befunden haben, der wegen seines erschütterten Nervensystems die Einzelhaft nicht ertragen konnte. Seine Frau, welche das wußte, flehte deshalb die Behörden an, ihren Mann nicht allein in einer Zelle zu lassen, allein ihre Bitten blieben unerhört, und am 18. April öffnete sich Kostromin mit dem Fragment einer zerbrochenen Porzellan-Schale die Adern und starb.

### Am 17. und 18. Juni.

**Zychoe.** Aus der Kaserne. Einen Selbstmordversuch verübte ein aus Hamburg gebürtiger Kanonier der reitenden Abtheilung des hiesigen Artillerie-Regiments. Derselbe wollte sich mit einem Revolver in die Brust schießen; ein hinzuspringender Kanonier schlug jedoch die Waffe zur Seite, so daß die Kugel nur in den Arm drang. Das Motiv der That ist „unbekannt“.

**Dynabrid.** Dynamit-Attentat. In der Ortschaft Hagen bei Georgshütte fand in dem Beckmannschen Gasthause, in welchem anlässlich eines Ausstandes vier Gendarmen provisorisch stationirt sind, eine Explosion einer Dynamitpatrone statt, welche auf ein Fenster gelegt war. Ein Theil der Mauer, sowie das Fenster sind zerstört. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Thäter ist bisher noch nicht entdeckt.

**Esbjerg.** Das Kanonenboot „Grönland“ beschlagnahmte die Dampfschiffe „Varel“ aus Geestemünde und „Kommandant“ aus Bremerhaven wegen gefehlwidriger Fischerei auf dänischem Gebiet.

**Berlin.** Kanoniermord. Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten ist am 5. Juni, Morgens 7 Uhr, die bei dem Schneidermeister Michel, Oranienstraße 89, IV., wohnhafte, am 26. März 1874 zu Berlin geborene Prostituirte Bertha Singer, geb. Brech, mit durchschnittener Kehle in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Da sämtliche Bekhältnisse, wie Blutspuren ergeben, von dem Thäter durchwühlt sind, liegt anscheinend Raubmord vor. Es ist anzunehmen, daß der Thäter sich stark mit Blut besudelt, auch vielleicht sich verletzt hat. Am 4. d. Mts., um 10 1/2 Uhr Abends, hat die Ermordete mit einem Manne ihr Wohnhaus betreten. Dieser Mann hat zwischen 12 und 1 Uhr das Haus allein verlassen. — Auf die Ermittlung des Thäters ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

**Berlin.** Emailirte Briefkasten hatte die hiesige Ober-Postdirektion vor Jahresfrist eingeführt, um zu versuchen, ob der kostspielige alljährliche Neuanstrich der bisherigen Briefkasten sich vermeiden lasse. Diese Versuche sind zur Zufriedenheit ausgefallen, sollen aber noch ein Jahr fortgesetzt werden, ehe die allgemeine Einführung der emailirten Briefkasten erwogen wird.

**Berlin.** Von der „Heiligkeit der Ehe!“ Eine Skandalgeschichte ersten Ranges wird aus dem Westen Berlins gemeldet. Vor Kurzem erfolgte ganz unter der Hand die Verhaftung einer Pensionatsbesitzerin, die unweit des Magdeburger Platzes längere Zeit hindurch eine hochelegante Wohnung unterhielt. Die Frau soll eine besonders glückliche Hand im Stiften von Herzensbündnissen besessen haben; über ihre Geschäftsgelungen-

heiten wurden bei den umfangreichen Zeugenvernehmungen, die sich in erster Linie auf die Berliner Lebewelt erstrecken, ganz unerwartete Dinge zu Tage gefördert. Als ganz besondere Spezialität übte sie das Handwerk der Erpressungen. Auf diesen Umstand ist in letzter Linie die Verhaftung zurückzuführen; ein Opfer, welches fast ganz ausgeplündert worden war, raffte sich endlich auf und erstattete Anzeige. Die Angelegenheit dürfte insofern noch weitere Kreise interessieren, als auf Grund der angelegtesten Ermittlungen und in Folge des Bekommtwerdens der Sache auch mehrere Eheheiraths-Prozesse anhängig gemacht werden sollen. Die Verhaftete lebte natürlich auf großem Fuße; sie hat es auch nicht verkümmert, bei Zeiten eine gehörige Schuldenlast zu kontrahieren. Die Geschäftsleute, die einen beträchtlichen Kredit gewährten, dürften nun wohl das Nachsehen haben.

**Berlin.** Eine überraschende Neuerung im Fernsprechverkehr ist nach dem „B. Z.“ vom Staatssekretär des Reichspostamtes in Aussicht genommen; es dürfte aber eine geraume Zeit vergehen, bis sie hauptsächlich zur Ausführung gelangt. Es wird nämlich beabsichtigt, in dem dem Publikum zugänglichen Geschäftsräumen von Restaurateuren, Zigarrenhändlern, Kaufleuten u. s. w. automatische Telephonapparate, die als Anrufapparat an das Telephon benutzt werden können, gratis aufzustellen. Gegen eine Gebühr von 10 Pf. soll sodann jeder Gast oder Käufer in der Lage sein, sich mit dem Anrufer in Verbindung zu setzen und ein Gespräch auf die Dauer von fünf Minuten zu führen. Dieser Apparat soll auch noch einen besonderen Mechanismus haben, der es ermöglicht, daß dem Anrufer für den Fall, daß ein Gespräch mit dem zu Verbindenden nicht erzielt wird, sein Hauptgespräch zurückgegeben wird. Nach den an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigungen ist die Einführung einer solchen Einrichtung allerdings beabsichtigt, indes fehlt es der Postbehörde vor der Hand noch an dem geeigneten Apparat.

**Eine Prämie auf das Biertrinken.** Ein schlauer Gastwirth in Görlitz wendet folgendes System an, um seine Gäste zum Trinken zu animiren und dadurch seinen Geldbeutel zu füllen. Er verkauft Bierkarren in der Größe von Eisenbahnfahrkarten, sie gelten je für ein Glas Bier. Wer die ersten 2000 solcher Karten abliefern, erhält als Prämie ein neues Fahrrad, Modell 98, Werth 220 M. Wer die zweiten 2000 solcher Karten abliefern, als Prämie eine goldene Herrenuhr, Werth 150 M. Wer die dritten 2000 solcher Karten abliefern, erhält als Trostprämie: Schwarzen Rockanzug nach Maß, Werth 70 M. Das Nähere trägt außerdem Serien- und Nummerangabe sowie den Vermerk: „Gültig vom 1. Okt. 1897 bis zum 1. Oktober 1898.“

Man wolle sich nur zu helfen wissen. Im Wahlkreis Wolmirsdorf-Neuhaldensleben stehen den Sozialdemokraten so gut wie gar keine Versammlungslöcher zur Verfügung. Diesem Uebel abzuhelfen, ist der Kandidat der sozialdemokratischen Partei auf die geschiedte Idee gekommen, Sprechstunden einzurichten. Er kündigt in den Amtsblättern an, wann und wo er zu sprechen ist. Der erste Versuch wurde in Wolbitz gemacht, der als gelungen zu betrachten ist. Es waren über 150 Wähler erschienen, um dem sozialdemokratischen Kandidaten Fragen vorzulegen. Natürlich reist nunmehr der sozialdemokratische Kandidat von Ort zu Ort und kündigt überall Sprechstunden an. Bravo!

**Flaxen i. B.** Ein interessantes Urtheil hat kürzlich das hiesige Landgericht gefällt. Es galt über die Frage zu entscheiden, ob die Bildung eines Fabrikantenringes gegen Konsumenten und Arbeiter den Abschluß eines Vertrages darstellt, der für alle Beteiligte ohne Weiteres bindend ist. Daß ein Vertrag vorliegt, kann ja nun nicht zweifelhaft sein, sicher ist aber keineswegs, ob solche Verträge nicht als gegen die Sitten verstoßend ohne Weiteres rechtsungültig sind. Das obengenannte Gericht hat nun entschieden, daß solche in Form eines Ringes zwischen mehreren Fabrikanten abgeschlossene Verträge Gültigkeit haben, also, obwohl sie auf Unterdrückung der Arbeiter oder Uebertheuerung der Konsumenten abzielen, nicht gegen die guten Sitten im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches für Sachsen verstoßen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der sächsisch-thüringische Färbereiring hatte kürzlich gegen den Färberei- und Appreturanstalt-Besitzer B. Dietel in Reichenbach i. B. auf Zahlung von 100 000 Mark geklagt, weil er, obwohl er seiner Zeit den Ring mit begründet und seine Unterschrift gegeben hatte, zurückgetreten war, angeblich, weil er kein Stückfärber, sondern ein Appreteur sei. Die Färbereikonvention hatte eine Konventionalstrafe von 100 000 Mark gegen den nachträglichen Rücktritt festgesetzt. Nachdem bereits der Großfärbereibesitzer Georg Schlexer im vorigen Jahre durch gerichtliches Erkenntniß zur Anerkennung der Ringbedingungen gezwungen worden war, hat jetzt das Landgericht Plauen B. Dietel in Reichenbach als zum Ring gehörig zur Zahlung der Konventionalstrafe verurtheilt. Da der verurtheilte Fabrikant Berufung eingelegt hat, wird über diese Frage zunächst noch das Oberlandesgericht zu entscheiden haben.

**Roßburg.** Kriegs-Festspiele als Wahl-mache. Hier werden zwischen dem 9. und 14. Juni von Seiten der Kriegervereine Kriegs-Festspiele arrangirt. Der Antrag eines Komiteemitgliedes, die Festspiele doch, um nicht den Schein einer Bearbeitung der Wähler zu erwecken, bis nach der Wahl zu verschieben, wurde abgelehnt mit der ausdrücklichen Begründung, daß gerade jetzt mehr als sonst die Pflege des Patriotismus am Platze sei. Bezeichnend ist es für die freisinnigen Mannessee-

den daß ihre Landtags-Abgeordneten in dem Festauschuß neben national-liberalen Vertretern diese Wahlmache mit betreiben.

Wozu wir immer mehr Soldaten gebrauchen, das wird uns auf der in Trojahn Schützenhaus in Selleryhausen bei Leipzig veranstalteten Ausstellung von Hunden aller Rassen plausibel gemacht. Zur Ueberwachung, Fütterung und Vorführung der Hunde, sowie zum Bergen leerer Risten und Kästen werden dort Soldaten des 134. Regiments verwendet, etwa ein Duzend an der Zahl. Beschäftigungslose Arbeiter können dafür weiter das Straßenpflaster treten. Im Uebigen beweist die Beschäftigung der Kriegsjünger in der Hunde-Ausstellung schlagend die Nothwendigkeit weiterer Militärvermehrungen, deren Kosten das arbeitende Volk durch indirekte Steuern zu tragen hat. Und welchen Arbeiters patriotische Begeisterung muß da nicht zur hellen Flamme emporlodern, wenn er sieht, wie ihm durch die Soldaten Konkurrenz im Erwerbseben gemacht wird! Uebrigens haben auch in der kürzlich abgehaltenen Hundeausstellung zu Regensburg Soldaten Beschäftigung gefunden.

**Salzwedel.** Verunglückt ist am Sonntage der 70jährige Blöcker der Marienkirche Kleistmann. Er erklieg den Glockenstuhl der Kirche, um Dohlenester auszunehmen. Schon hatte er die Schürze voll junger Wägel, als die Leiter wich und der Greis in die Tiefe stürzte. Entsetzlich erschlagen blieb er zwischen zwei Balken hängen. Als man später den Glockenstuhl mit einer Laterne ableuchtete, fand man Kleistmann blutend und mit gebrochenen Gliedmaßen auf. Bald darauf erlag er den schweren Verletzungen.

**Düsseldorf.** Von den Scherereien, zu denen das Margarinegesetz Veranlassung bietet, giebt eine Schöffengerichtsverhandlung, die hier stattfand, ein Bild. Das Gesetz über den Verkehr mit Margarine bestimmt, daß Gefäße, in denen Margarine feil gehalten wird, mit einem roten Streifen versehen sein müssen. Ein Kaufmann hatte in seinem Laden die Margarine auf einer flachen Schüssel liegen, die keinen roten Rand hatte; er wurde von der Polizeibehörde in Strafe genommen, das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, denn eine flache Schüssel sei kein Gefäß, sondern ein Unterfaß, auf den etwas gelegt werde.

**Womit sich Königinnen und Fürstinnen beschäftigen.** Eine Puppenausstellung findet augenblicklich in Neuwied statt unter dem Protektorat und der Assistenz von Königinnen und Prinzessinnen. Mehrere Zeitungen bringen natürlich „begeisterte“ Berichte über diese harmlose Spielerei beschäftigungsloser Damen.

**Eine große Aussperrung** hat die Nussnagelabrik von Norge in Christiania vorgenommen. Deutsche Nagelarbeiter werden ersucht, den Zugang fernzuhalten.

**Newyork.** Paul Grottkau, bekannt aus der deutschen Arbeiterbewegung, ist, wie man der „Frankf. Ztg.“ liest, dieser Tage gestorben. In seinen letzten Lebensjahren soll sich Grottkau den Anarchisten angeschlossen haben.

**Aus dem „Simplizissimus“.** Der Hamburger Schuhmann Petersen hatte gestern Abend einen Ertrunkenen aus der Alster gezogen und dem Bezirksinspektor darüber Rapport erstattet. Nach ein paar Stunden zeigte es sich, daß der aus dem Wasser Gekogene nicht todt, vielmehr wieder gänzlich nüchtern war, und der Schuhmann Petersen berichtigte seinen Rapport vom vorigen Abend mit den Worten: „Die Leiche von gestern Abend war bloß besoffen.“

## Reichstagswähler!

Benüht die Zeit des Wahlkampfes zur Agitation für eure Presse, für den

### Lübecker Volksboten.

Jeder neue Abonnent ist ein neuer Mitkämpfer.

**Litterarisches.**

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterkreise (Stuttgart, Dieß Verlag) ist aus jedem die Nr. 12 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Wider den Brotwucher! — Aus der Bewegung. — Ueber Meider. — Feuilleton: Die Reinen. Von Dorothee Goebeler. (Fortsetzung.) — Notizen über Lily Braun und Clara Zetkin: Francoarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrsweßens. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereins- und Berammlungsrecht. — Arbeitsbedingungen und Arbeiterinnen. — Francoabewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., nach die Post bezogen (eingetragen in der Francoabewegung-Zeitungskarte für 1898 unter Nummer 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) in jedem das 27. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Wahlbewegung. — Die Vorbereitung neuer Handelsverträge. Von Rich. Gallwey, Berlin-Charlottenburg. (Schluß.) — Gladstone. Von Ed. Berastein. — Das italienische Komplott. Von Eral. — Die Kammerwahlen in Frankreich. Von Ch. Bonnier. — Notizen: Mechanische Webmaschinen. Von P. M. Grempe. Die Baumwollarbeiter von Lancashire und die Kinderarbeit. — Feuilleton: Donatienne. Von René Bazin. Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von Ina Bach. (Schluß.)

# Grosse öffentl. Wähler-Versammlung

am  
**Freitag den 10. Juni 1898**

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im **Circus Reuteckring.**

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl und die verschiedenen Parteien

Referent:

Reichstags-Candidat **Th. Schwartz.**

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann.

Der Einberufer.

Allgemeine Lokal- u. Straßen-  
bahngesellschaft.  
Betriebsverwaltung Lübeck.

In Folge Geleisveränderungen wird der  
Endpunkt der Hofstenthorlinie von Donner-  
stag den 9. d. Mts. bis zur Fertigstellung  
der Bahnanlage auf dem Kohlmarkt von  
der Meugstraße nach der **oberen  
Holstenstrasse** verlegt.

Lübeck, den 7. Juni 1898.

Die Betriebsverwaltung.

**Folker's**  
**Möbel-Magazin**  
25 Marlesgrube 25

empfehl  
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und  
Polsterwaren, vom einfachsten bis zum  
eleganteften, zu billigen Preisen.

Die Möbeltischlerei  
von **G. H. Busch**

Alststraße 21  
empfehl  
Ihre Lager von selbstverfertigten  
Möbeln, Spiegeln und  
Polsterwaren

zu billigen Preisen.

Arbeiter-Garderoben, Hemden, Kragen,  
bessere Herren- und Knaben-Anzüge,  
Hüte, Mützen

empfehl  
**Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.**

**Empfehle:**

Gemahl. Mehlis Pfd. 24 Pfg.  
Würfelzucker " 28 "  
Krystallzucker " 25 "  
Raffinade in Broden 26 "

**Johns. Dörr, Schulstr. 11.**

**Mohr'sche Margarine**  
feinstes Produkt FF Pfd. 60 Pfg.

Marke A B Pfund 50 Pfg.  
hält im Laden rechts bestens empfohlen.  
Proben FF in Glasbüchsen werden gratis  
verabreicht.

Obertrabe 8. **Ludw. Hartwig.**

## Öffentl. Wähler-Versammlungen

finden an folgenden Stellen statt:

am **Sonnabend den 11. Juni, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.**  
Ref.: Aug. Kasch.

bei Herrn Böttcher, „Zum Travestrand“, am Sonn-  
abend den 11. Juni, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: Th. Schwartz

bei Herrn Blücher am Sonnabend den 11. Juni  
Abends 8 Uhr. Ref.: Th. Bartels.

bei Herrn Winter am Sonntag den 12. Juni, Nachm.  
3 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: Th. Bartels.

im „Hotel Germania“ am Sonntag den 12. Juni,  
Nachmittags 6 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: Th. Bartels.

bei Herrn J. F. N. Oldenburg am Sonntag den 12. Juni,  
Nachmittags 6 Uhr. Ref.: Th. Schwartz.

beim Gastwirth Groth am Sonntag den  
12. Juni, Nachm. 2 Uhr. Ref.: Th. Schwartz

bei Herrn C. Kruse am Sonntag den 12. Juni,  
Nachmittags 5 Uhr. Ref.: D. Friedrich.

am Montag den 13. Juni, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Ref.: Th. Schwartz.

bei Hrn. Dettmann am Montag den 13. Juni,  
Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: D. Friedrich.

für Behlendorf, Harmsdorf, Giesendorf, Absfelde  
und Hollenbeck im Lokale des Herrn Wulf am  
Sonntag, 12. Juni, Nachm. 2 Uhr. Ref.: D. Friedrich.

im Lokale des Hrn. Wunz am Montag den 13.  
Juni, Abends 8 Uhr. Ref.: Th. Bartels.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden  
Wähler freundlichst eingeladen.

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann.

Das socialdemokratische Wahlcomité.